

Kristina Meyer



Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990



Wallstein



Jena Center

Geschichte des 20. Jahrhunderts
20th Century History

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DES 20. JAHRHUNDERTS

Herausgegeben von
Norbert Frei

Band 18

Kristina Meyer

Die SPD und die
NS-Vergangenheit
1945 – 1990



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2015
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
unter Verwendung folgender Abbildungen:

Kurt Schumacher bei einer Kundgebung auf dem Frankfurter Römer im Juni 1946. Foto: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

SA-Männer vor Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen bei Oranienburg im August 1933. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R88978.

Willy Brandt in Warschau im Dezember 1970. Foto: dpa/picture alliance

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen
Zugl. Dissertation Friedrich-Schiller-Universität, 2013.

ISBN (Print) 978-3-8353-1399-6

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2730-6

Inhalt

Einleitung	7
I. Enthusiasmus und Enttäuschung (1945-1949).	23
Splitter und Magnet: Sozialdemokratische Perspektiven	25
Irregeleiteter Idealismus: Schuldfragen und neue Parteigenossen	37
Fremdbestimmter Fehlgriff: Die politische Säuberung	58
Gestus der Bescheidenheit: Das Selbstverständnis der Verfolgten	75
Wacklige Weltbühne: Die »Judenfrage« und das Ausland	90
II. Opposition und Opportunismus (1949-1959).	112
Wiederverwendungen: »Naziriecherei« und »Ämterpatronage«	114
»Mut zur Konsequenz«: Verbrecher und andere Kriegsgefangene	134
»Großherzig, aber wachsam«: Gefahren von rechts	149
Herzensangelegenheit: Katalysatoren der Wiedergutmachung	167
»Über Schranken hinweg«: Die Hinwendung zum 20. Juli	192
III. »Vergangenheitsbewältigung« in der Volkspartei (1959-1966).	216
Zu weit links: Der SDS und die »Ungesühnte Nazijustiz«	217
Unter der Oberfläche: »Schmierwelle« und »Emigrantenhetze«	227
»Stilles Bemühen«: Wiedergutmachung in kleinen Schritten	243
Ernüchternde Sternstunde: Die Frage der Verjährung	255
»Zwanzig Jahre sind genug!«: Versöhnung mit der Geschichte	271
IV. Wandel ohne Annäherung (1966-1974).	285
Pragmatischer Brückenschlag: Die Große Koalition	287
Neue Rechte, alte Pflichten: Unverjährbarkeiten	298
»Gebrannte Kinder«: Notstand, Widerstand, Generation	312
Der andere Schlussstrich: Machtwechsel, Kniefall, Entfremdung	330

V. Identitätssuche in Krisenzeiten (1974-1982)	353
Am Tiefpunkt: Die Verfolgten nach dem Kanzlerwechsel	355
»Tendenzwende«: Herausforderungen von rechts und links	369
Katalysator »Holocaust«: Die Verfolgten als Zeitzeugen	392
Selbsthistorisierung: Das neue Geschichtsbewusstsein	411
VI. Geschichtspolitik gegen den Strom (1982-1990)	432
In der Defensive: Die »geistig-moralische Wende«	434
Keine Normalisierung: »Bitburg« und der »Historikerstreit«	462
»Vergessene Opfer«: Der Abschied einer Generation	479
Schluss	501
Dank	520
Quellen und Literatur	522
Abkürzungen	541
Personenverzeichnis	544

Einleitung

Im Herbst 1949 erkundigte sich Max Kukielczynski bei Günter Markscheffel, warum das Mainzer SPD-Blatt *Die Freiheit* bisher so wenig über den Prozess gegen Erich von Manstein berichtet habe. Seit dem Sommer musste sich der ehemalige Generaloberst wegen zahlreicher Kriegsverbrechen vor einem britischen Militärgericht in Hamburg verantworten. Kukielczynski, als Sozialdemokrat in Breslau während des »Dritten Reiches« verfolgt, als Soldat 1945 in Kriegsgefangenschaft geraten, lebte mittlerweile als Parteifunktionär in Schleswig-Holstein. Markscheffel, ebenfalls schlesischer Sozialdemokrat und NS-Verfolgter, seit seiner Rückkehr aus dem Exil Chefredakteur in Mainz, hatte für die spärliche Berichterstattung über Manstein eine einfache Erklärung: Die Mehrheit der Bevölkerung lese zwar »mit Begeisterung die dummen Antworten« des Angeklagten, wolle aber über die unter dessen Kommando begangenen Verbrechen nichts wissen. Da »nicht einmal unsere eigenen Genossen für derartige Schilderungen das notwendige Interesse aufbringen«, sei die Redaktion »davon abgekommen«, über den Prozess überhaupt noch zu berichten. Erstaunlich fand Markscheffel dieses Desinteresse allerdings nicht: Erst kürzlich habe ihm »eine brave Genossin mit einem stolzen Blick auf das Soldatenbild ihres Sohnes« erzählt, dass er gewiss noch zum Oberleutnant befördert worden wäre, hätte der Krieg nur ein halbes Jahr länger gedauert. Dabei hatte der Ehemann der Genossin fünf Jahre im Konzentrationslager, sie selbst drei Jahre im Gefängnis verbracht. »Was erwartest Du dann von den anderen?«¹

Die Episode bestärkte Markscheffel in seinem Eindruck, dass die Mehrheit der Deutschen mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit und Selbstbezogenheit auf die NS-Zeit zurückblickte. Wer viereinhalb Jahre nach Kriegsende so desillusioniert klang, der musste hochfliegende Erwartungen gehabt haben, vor allem was die Bereitschaft und den Eifer von Sozialdemokraten betraf, die Verbrechen des verflissenen Regimes und seiner Unterstützer aufzuklären und die Chance zum demokratischen Neuanfang zu nutzen. Wie weitgehend solche Hoffnungen inzwischen zerstört worden waren, zeigt nicht nur, dass sich in dieser kurzen Zeit bereits vieles verändert hatte, sondern wirft auch die Frage auf, ob der Remigrant viele seiner Genossen vielleicht falsch eingeschätzt hatte.

1 Markscheffel an Kukielczynski (ab 1950 Kukil), 8.II.1949, AdsD, NL Kukil, 2.

Sozialdemokraten² hatten nach dem 30. Januar 1933 bekanntlich zu den ersten Opfern des NS-Regimes gehört. Mit dem Verbot der SPD und der Zerschlagung der Gewerkschaften war es den Nationalsozialisten binnen Monaten gelungen, die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen der organisierten Arbeiterbewegung zu zerstören. Zugleich hatten sie einen nicht unbeträchtlichen Teil der SPD-Stammwählerschaft mit den sozialpolitischen Verheißungen einer klassenüberwindenden »Volksgemeinschaft« für sich gewinnen können. Unter den Hunderttausenden von »Märzgefallenen«, die sich im Frühjahr 1933 der NSDAP anschlossen – ob aus Opportunismus oder aus Begeisterung –, waren auch viele Sozialdemokraten.

Als im Frühjahr 1945 die ersten Ortsvereine der SPD wiedergegründet wurden, waren zahlreiche ihrer einst führenden Köpfe und viele namenlose Widerstandskämpfer tot. Die überlebenden Mitglieder, Funktionäre, Mandatsträger, Wähler und Anhänger der SPD hatten in den Jahren des »Dritten Reiches« sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht, teils als Folge von individuellen Entscheidungen zum Widerstand oder zur Emigration, zur Anpassung oder zum Rückzug ins Private, teils als Folge von Unterdrückung und Terror, Krieg, Flucht oder Vertreibung. Viele Sozialdemokraten waren aus ihren Stellungen entlassen, verurteilt und inhaftiert, etliche ins Ausland geflohen und dort nicht selten ein weiteres Mal verfolgt worden; andere waren während des Krieges zu Zwangsarbeit und zum Dienst in Strafbataillonen verpflichtet worden. Oft hatten gleich mehrere dieser Erfahrungen ihre Lebenswege geprägt – so wie den von Max Kukielczynski: Er war von der Gestapo wiederholt inhaftiert worden, hatte zeitweilig zwar inmitten der NS-Volksgemeinschaft, aber unter ständiger Beobachtung gelebt und gearbeitet, war schließlich trotz »Wehrunwürdigkeit« eingezogen worden und dann in britische Gefangenschaft geraten; inzwischen galt er auch als Vertriebener, da er in seine Heimatstadt Breslau nicht zurückkehren konnte.

I.

In keiner anderen westdeutschen Partei – die bald unbedeutende KPD einmal ausgenommen – wurden nach 1945 so viele Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus politisch aktiv wie in der SPD. Alle 25 Mitglieder

2 Zur sprachlichen Vereinfachung sollen mit »Sozialdemokraten« immer auch »Sozialdemokratinnen« gemeint sein; Gleiches gilt entsprechend für andere männliche Pluralformen.

des ersten sozialdemokratischen Parteivorstands nach Kriegsende waren mit dem Verfolgungsapparat des NS-Regimes in Berührung gekommen, sei es wegen ihrer politischen Überzeugung, sei es wegen aktiven Widerstands. Die SPD war damit alles andere als repräsentativ für die deutsche Nachkriegsgesellschaft, in der ehemalige Widerstandskämpfer, Verfolgte und Remigranten nur eine Minderheit darstellten. Zuletzt hatten siebeneinhalb Millionen Deutsche der NSDAP angehört; weit mehr waren Mitglieder ihrer Neben- und Unterorganisationen gewesen.

Ziel der aus Haft oder Emigration zurückgekehrten Sozialdemokraten war es, aus der vormaligen »Volksgemeinschaft« eine freie und sozial gerechte Gesellschaft zu machen, Demokratie und Wirtschaft nicht nur wiederaufzubauen, sondern nach sozialistischen Prinzipien umzugestalten. Zu erreichen war dies nur durch die Übernahme politischer Verantwortung, und dies erforderte wiederum die Zustimmung und Mitarbeit einer möglichst großen Zahl von Deutschen. Mit anderen Worten: Die SPD durfte keine Partei allein der NS-Verfolgten und Remigranten werden und sich nicht auf deren Interessen beschränken; sie war auf eine sehr viel breitere Basis von Mitgliedern und Wählern angewiesen. Damit aber trat sie in unmittelbare Konkurrenz zur neugegründeten CDU: Beide Parteien waren daran interessiert, die Stimmen auch derjenigen zu gewinnen, die zuvor die NSDAP unterstützt oder ihr angehört hatten. In beiden Parteien suchten vormalige Anhänger und Mitläufer des Nationalsozialismus ebenso nach einer neuen politischen Heimat wie die vielen jungen Leute, die nichts anderes kannten als Hitlerjugend und Krieg. Auf ihrem Weg von der Klassen- zur Volkspartei wollte und musste sich die SPD zudem Wählergruppen abseits des Arbeitermilieus zuwenden und hatte es daher schon bald mit einer ausgesprochen heterogenen Mitglieder- und Anhängerschaft zu tun. Wo so unterschiedliche und oft auch ambivalente Lebensläufe und politische Sozialisationen aufeinandertrafen, drohten Interessenkonflikte – vor allem dann, wenn es um die NS-Vergangenheit ging. Diese war mit all ihren sichtbaren und unsichtbaren Folgen stets präsent, so sehr sich die Blicke der Nachkriegsgesellschaft auch auf Gegenwart und Zukunft richten mochten.

Mit dem Ziel eines demokratischen Neubeginns verbunden war der Wunsch vieler Sozialdemokraten nach gesellschaftlicher Aussöhnung. Auf die extrem polarisierte und fragmentierte Gesellschaft der Weimarer Republik war die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« gefolgt, die – ob als »soziale Verheißung« oder als »soziale Realität«³ – maßgeblich

3 Vgl. Bajohr/Wildt, Einleitung, S. 8.

auf der rassistischen und gewalttätigen Exklusion aller Regimegegner und »Gemeinschaftsfremden« beruht hatte. Vor diesem Erfahrungshintergrund war eine »innere Versöhnung« der Gesellschaft vielen Sozialdemokraten Bedürfnis, Herausforderung und Versprechen zugleich. Dabei ging es nicht nur darum, Gegner und Befürworter des Nationalsozialismus, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene, Emigranten und Vertriebene unter dem Dach einer Partei zu vereinen, sondern es galt, die Ambivalenzen individueller Lebensläufe im Gesellschaftsmodell einer »sozialen Demokratie« zu überwinden. Um dies durch die Übernahme politischer Verantwortung zu erreichen, zugleich aber dem Anspruch nach Bestrafung der Täter und Entschädigung der Opfer gerecht zu werden, begab sich die SPD seit 1945 auf eine permanente Gratwanderung. Ihr Umgang mit der NS-Vergangenheit, so die Ausgangsthese, war von Widersprüchen und Interessenkonflikten bestimmt – und gekennzeichnet durch Kompromisse und Zugeständnisse der einst widerständigen Minderheit gegenüber der Mehrheit der Deutschen.

Weshalb befürworteten noch vor kurzem verfolgte Sozialdemokraten, dass sich ihre Partei schon 1946 für vormalige NSDAP-Mitglieder öffnete? Wieso trafen sich einstige Widerstandskämpfer zu Gesprächsrunden mit ehemaligen HJ-Funktionären? Was trieb Gegner des Nationalsozialismus dazu, sich für die sozialpolitische Rehabilitierung von Mitgliedern der Waffen-SS einzusetzen? Wieso engagierten sie sich für die Begnadigung verurteilter NS-Verbrecher? Warum wurden SPD-Mitglieder, die Ende der fünfziger Jahre eine Ausstellung über die Justiz des »Dritten Reiches« initiierten, aus der Partei ausgeschlossen? Wieso wehrten sich Sozialdemokraten gegen einen »Belasteten« als Kanzleramtsminister, nicht aber gegen einen Bundeskanzler mit NSDAP-Vergangenheit? Weshalb lehnte es die SPD in der Regierungsverantwortung ab, die Wiedergutmachung für NS-Verfolgte auszuweiten, für deren Verbesserung sie zuvor über viele Jahre gekämpft hatte?

Solche Fragen beleuchten schlaglichtartig, wie ambivalent der Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit jahrzehntelang war und wie erklärungsbedürftig er nach wie vor ist. Zugleich legen sie nahe zu vermuten, dass in dieser Partei unterschiedliche Perspektiven auf jene Vergangenheit aufeinandertrafen und bei der Suche nach gemeinsamen Positionen in Konflikt miteinander gerieten. Diese Perspektiven und Positionen gilt es am Beispiel einer möglichst großen Vielfalt von Akteuren herauszuarbeiten und zu kontextualisieren. Wie dachten Sozialdemokraten über ihre Rolle in der Gesellschaft »nach Hitler« und welche Bedeutung maßen sie dabei ihren individuellen Erfahrungen aus der Zeit des Natio-

nalsozialismus bei? Wie kommunizierten Spitzenpolitiker, mittlere Funktionäre und einfache Mitglieder der Partei über die Zeit des »Dritten Reiches« – ob öffentlich oder privat, explizit oder unausgesprochen, kollektiv oder individuell? Inwiefern unterschied sich die Kommunikation je nach Sozialisationserfahrung, Alter und innerparteilicher Orientierung, je nach Anlass, Situation oder Publikum? An welchen Punkten und aus welchen Gründen kollidierten verschiedene Ansichten über den Umgang mit der NS-Vergangenheit innerhalb der Partei? Wie und wodurch veränderte sich dieser Umgang in den Jahrzehnten zwischen dem Kriegsende und dem Ende der alten Bundesrepublik? Waren Sozialdemokraten die treibende Kraft in bestimmten Debatten über die NS-Vergangenheit – oder eher Getriebene gesellschaftlicher Trends und Bedürfnisse?

Was hier sehr allgemein als Umgang mit der NS-Vergangenheit bezeichnet wird, umfasst eine Vielzahl von Themen, Diskursen, Akteuren und Schauplätzen. Zu fragen ist nach der Auseinandersetzung der SPD mit nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen und Massenverbrechen, nach der Strafverfolgung der Täter ebenso wie nach der Entschädigung der Opfer, nach dem Umgang mit ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen, nach der Bedeutung von Widerstands- und Verfolgungserfahrungen für Selbstverständnis, Außendarstellung und Außenwahrnehmung von Sozialdemokraten und ihrer Partei sowie schließlich auch nach ihrer Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Neonazismus und Antisemitismus. Untersucht werden die mit all diesen Aspekten verbundenen Debatten und Aushandlungsprozesse um Positionen, Maßnahmen und Gesetze – zwischen verschiedenen Organisationsebenen, Parteiflügeln, Interessengruppen und einzelnen Protagonisten innerhalb der Partei einerseits, in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Parteien auf der Ebene der politischen Entscheidungsfindung in den Parlamenten andererseits, aber auch in der Kommunikation von Sozialdemokraten mit den Besatzungsmächten, mit Interessenverbänden und in den Medien. In diesen Debatten ging es fast immer um Fragen von Recht und Gerechtigkeit, Anerkennung und Legitimation, Selbstverständigung und Abgrenzung: Verhandelt wurden Ansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, die aus den Gewalt- und Unrechtserfahrungen der NS-Zeit, aber auch aus den nachfolgenden Sanktionen der Besatzungsmächte gegen die Deutschen abgeleitet wurden. In ihrem Kampf um politische Macht waren die Sozialdemokraten darauf angewiesen, zwischen diesen Interessen so zu vermitteln, dass sich ein möglichst großer Teil der Westdeutschen von der SPD vertreten fühlte – und sie am Ende auch wählte.

In den mehr als vier Jahrzehnten westdeutscher Geschichte, durch die diese Studie den vergangenheitspolitischen Kurs der Sozialdemokratie verfolgt, veränderte sich der Umgang der Deutschen mit der NS-Vergangenheit auf vielfache Weise: Die Themen wandelten sich ebenso wie die Akteure, die Sprechweisen ebenso wie die stets gegenwartsbezogenen Funktionalisierungen des Vergangenen. Folgerichtig geraten verschiedene Alterskohorten und Generationen von Sozialdemokraten in den Blick, ihr Verhältnis zueinander ebenso wie ihre spezifischen Perspektiven auf die NS-Vergangenheit und ihre jeweiligen Vorstellungen von der programmatischen und strategischen Ausrichtung der Partei. Während es bis zur Mitte der sechziger Jahre vorrangig Akteure mit eigenen lebensgeschichtlichen Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 waren, die die SPD und ihren Umgang mit der NS-Vergangenheit prägten, trat im Laufe der sechziger Jahre allmählich eine neue Generation von Parteimitgliedern auf den Plan. Diese jungen Sozialdemokraten waren vom »Dritten Reich« und seinen Sozialisationsinstanzen kaum noch geprägt, und sie brachten außerdem neue Themen, einen neuen Politikstil sowie ein gewandeltes Verständnis von Demokratie in die Diskussion.

Einige Kerndebatten des Umgangs mit der NS-Vergangenheit schienen zur Mitte der sechziger Jahre ihren Höhepunkt überschritten zu haben, die dahinterstehenden Probleme sogar gelöst worden zu sein: Mit dem Frankfurter Auschwitzprozess hatte nun auch die bundesdeutsche Justiz NS-Verbrecher unterhalb der Ebene der Hauptverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen, die drohende Verjährung von NS-Mordtaten war vorläufig aufgehoben und die Gesetzgebung zur Wiedergutmachung galt mit dem Bundesentschädigungs-Schlussgesetz als abgeschlossen. Eine große Mehrheit der Bundesbürger war der Ansicht, dass nun tatsächlich ein »Schlusstrich« unter die NS-Vergangenheit gezogen werden könne; Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte die Nachkriegszeit ausdrücklich für beendet. Selbst Willy Brandt meinte 1965, »Zwanzig Jahre sind genug!«⁴; vier Jahre später verkündete er als Bundeskanzler mit der Formel »Mehr Demokratie wagen« den Beginn einer neuen Zeit. Tatsächlich ging es in den siebziger und achtziger Jahren bald immer weniger um direkte biographische Betroffenheit, konkrete sozialpolitische Entschädigungsmaßnahmen oder juristische Aufarbeitungsbemühungen, sondern zunehmend um indirekte und abstrakte Bezüge auf das

4 Rede Willy Brandts anlässlich des 20. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Wiesbaden, 7.5.1965, AdsD, WBA, Publikationen, öffentliche Äußerungen, 208, Bl. 184-199.

»Dritte Reich« und um Deutungskonflikte. Gerungen wurde nun vor allem um öffentliche Repräsentationen von Geschichte, um die symbolische Anerkennung von Opferidentitäten und um die Bedeutung der Vergangenheit für eine bald vieldiskutierte und von manchen vermisste »Identität« der Bundesrepublik. Und genau weil es diesen Wandel gab, der von Sozialdemokraten nicht nur vorangetrieben wurde, sondern zugleich neue Konflikte in die Partei trug, muss ihr Umgang mit der NS-Vergangenheit in diesem Buch bis zum Ende der alten Bundesrepublik untersucht werden.

II.

In der Geschichte des Umgangs der SPD mit der NS-Vergangenheit überkreuzen sich zwei große Forschungsfelder der deutschen Zeitgeschichte: Zum einen die Geschichte der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, zum anderen die Geschichte der Auseinandersetzung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit dem »Dritten Reich«. Die historische Parteienforschung beschreibt die Entwicklung der SPD von der Weimarer Republik bis zu den späten sechziger Jahren gemeinhin als einen Weg von der Massen- und Milieupartei der Arbeiterbewegung zur linken Volkspartei⁵. Im Kern dieses Transformationsprozesses stand die 1959 mit »Godesberg« festgeschriebene programmatische Neuausrichtung der Partei und ihr Bemühen um die Gewinnung von Mitgliedern und Wählern außerhalb ihrer traditionellen Anhängerschaft. Die Absage an den Marxismus als wichtigste oder gar einzige ideengeschichtliche Grundlage der bundesdeutschen Sozialdemokratie und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft bildeten die zentralen Koordinaten dieser Umorientierung der SPD. Ihren Höhepunkt erreichte die damit angestrebte Entwicklung an der Schwelle zu den siebziger Jahren: mit einer Beitrittswelle, die vor allem von jungen Angestellten und Akademikern bestimmt wurde, vor allem aber mit der Wahl Willy Brandts zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler.

Die Zeit von seiner Kanzlerschaft bis zum Ende der alten Bundesrepublik wird von der Parteienforschung dann vornehmlich als Phase der innerparteilichen Fragmentierung und Polarisierung charakterisiert, in der vor allem nach Antworten auf die Herausforderungen des tiefgrei-

⁵ Lösche/Walter, Die SPD; Miller/Pothoff, Kleine Geschichte der SPD; Faulenbach, Geschichte der SPD.

fenden Struktur- und Wertewandels »nach dem Boom« gesucht wurde. Dabei gelten die »langen« siebziger Jahre von 1969 bis 1982 mitunter gar als »das sozialdemokratische Jahrzehnt«⁶, in dem die Partei des demokratischen Sozialismus dem Selbstverständnis der Bundesrepublik und seiner Bürger einen nachhaltig »sozialliberalen« Anstrich gab. Mit Blick auf diese Befunde und die bereits beschriebenen Generationskonflikte gilt es nicht nur herauszuarbeiten, inwiefern der Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit die allgemeine Entwicklung der Partei widerspiegelt. Es ist auch danach zu fragen, ob und auf welche Weise die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit diese übergreifende Entwicklung mitbestimmt oder gar zu Neubewertungen anregt.

Die historische Parteienforschung hat den Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit bisher meist nur cursorisch behandelt. Der von Kurt Schumacher bereits früh artikulierte Führungsanspruch, legitimiert durch den sozialdemokratischen Widerstand, bildet zusammen mit seinem Beharren auf dem deutschen Selbstbestimmungsrecht den Ausgangspunkt fast aller Deutungen; Letztere kommen aber meist nicht über seine Person und damit auch nicht über das Jahr 1952 hinaus⁷. Andere Studien beleuchten nur einzelne Episoden und Ereignisse – so etwa Brandts Kniefall in Warschau⁸ – oder streifen den Umgang mit der NS-Vergangenheit, wenn nach dem Verhältnis der SPD zur Nation und nach dem Einfluss von Exilerfahrungen auf die sich wandelnden Vorstellungen von einer sozialdemokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gefragt wird⁹.

Susanne Miller, langjährige Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, leistete Mitte der neunziger Jahre Pionierarbeit mit zwei Aufsätzen, in denen sie sich dem Umgang der

6 Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt.

7 Potthoff/Miller, Kleine Geschichte der SPD; Rovon, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie; Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei; Dowe, Kurt Schumacher; Lehnert, Sozialdemokratie; Brandt/Lehnert, »Mehr Demokratie wagen«.

8 Baring, Machtwechsel; Schönhoven, Wendejahre; Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt; Schneider, Demokratie in Gefahr?; Philipps, Sozialdemokratie.

9 Vgl. Groh/Brandt, »Vaterlandslose Gesellen«; Fichter, Die SPD und die Nation; Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; Mehringer, Impulse. Die Sammelbände von Bouvier/Schneider, Geschichtspolitik und demokratische Kultur, sowie von Bitzegeio/Kruke/Woyke, Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert, behandeln zwar einzelne Aspekte des Umgangs mit Diktaturvergangenheiten, enthalten aber keine Beiträge, die sich explizit und in breiterer Perspektive dem Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit widmen.

Nachkriegs-SPD mit der eigenen Widerstandsvergangenheit zuwandte. Die »Sprachlosigkeit und Zurückhaltung« sozialdemokratischer Verfolger interpretierte sie als Reaktion auf ein allgemeines Desinteresse der Deutschen an den – meist erfolglosen – Taten einer kleinen Minderheit, aber auch als Ausdruck und Konsequenz eines innerparteilichen Anpassungsdrucks an die Erfordernisse einer mehrheitsfähigen Politik¹⁰. Anknüpfend daran sprach Friedhelm Boll davon, dass es sich für Schumacher nicht ausgezahlt habe, mit seiner Verfolgungserfahrung zu »renommieren« – ein Verhaltensmuster, dem eine unausgesprochene Vorbildfunktion zugekommen sei¹¹. Solche Beobachtungen bedürfen einer systematischen Überprüfung: nicht nur auf breiterer Quellengrundlage, sondern auch über einen längeren Zeitraum hinweg. Zugleich deuten sie auf die Notwendigkeit einer Kontextualisierung der spezifisch sozialdemokratischen Perspektive auf die NS-Vergangenheit hin.

Die Geschichte der politischen, juristischen und kulturellen Auseinandersetzung der Westdeutschen mit der NS-Vergangenheit bildet daher das zweite zentrale Forschungsfeld, von dem die vorliegende Studie einerseits profitiert und zu dem sie andererseits einen Beitrag leistet. In den seit Mitte der neunziger Jahre erschienenen Publikationen über die »Vergangenheitspolitik« der frühen Bundesrepublik im engeren Sinne – verstanden als eine vorwiegend auf Integration orientierte Politik, die alliierte Sanktionsmaßnahmen gegen Nationalsozialisten rückgängig machte – ging es vorwiegend um die politische und justizielle Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen oder auch um die Wiedergutmachungspolitik zur Entschädigung der Opfer in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Initiativen und Positionen der oppositionellen SPD wurden dabei teils systematisch und quellengestützt analysiert, zumeist aber als unter- oder nebengeordnete Vergleichsfolie zur Politik der Regierungsparteien herangezogen¹².

10 Vgl. Miller, Widerstand und Exil; dies., Die Behandlung des Widerstands.

11 Vgl. Boll, Sprechen als Last und Befreiung, S. 159. Vgl. auch Potthoff, Die Auseinandersetzung; ders., Die Sozialdemokraten.

12 Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik; Herf, Zweierlei Erinnerung; Weinke, Die Verfolgung; Miquel, Ahnden oder Amnestieren?, Frei/van Laak/Stolleis, Geschichte, vor Gericht; Glienke, Die Ausstellung; Goschler, Wiedergutmachung; ders., Schuld und Schulden; Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Speziell zu Kurt Schumacher und den alliierten Prozessen vgl. Buscher, Kurt Schumacher; zum Verhältnis der SPD zur Frage der Wiedergutmachung vgl. Shafir, Das Verhältnis; ders., Die SPD und die Wiedergutmachung; Meyer, Verfolgung; dies., Sozialdemokratische NS-Verfolgte.

Diese Arbeiten vermitteln das Bild einer gewissen »Zerrissenheit« sozialdemokratischer Stellungnahmen: Der hohe moralische Anspruch einer an den Interessen der NS-Gegner und -Verfolgten orientierten Politik war eben kaum mit den pragmatischen Zugeständnissen an die Verdrängungs- und Entlastungsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit zu vereinbaren. Zwar war es nicht das zentrale Anliegen der Autoren, jenes Spannungsverhältnis zu analysieren, sie gingen aber bereits über die dichotome Gegenüberstellung von »Integration« versus »Gerechtigkeit« hinaus, die Jeffrey Herf zur Kontrastierung der Ziele Adenauer'scher und sozialdemokratischer Politik im Umgang mit der NS-Vergangenheit wählte¹³. Ein analytischer Zugriff, der zwischen »positiver« und »negativer«, »kritischer« und »unkritischer«, »gerechter« und »ungerechter« Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu unterscheiden versucht, wird jene Widersprüche und Ambivalenzen, die sich in den Lebensläufen und im politischen Handeln vieler Sozialdemokraten finden, nicht angemessen erklären können. Dass die bisherigen Forschungen zudem selten über die späten sechziger Jahre hinausreichen und damit die Zeit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ebenso wie die von ganz neuen Kontroversen geprägten achtziger Jahre außen vor lassen, verweist auf eine Lücke, die dieses Buch schließen soll. Zwar ist die Forschung zu manchen Aspekten des Umgangs mit der NS-Vergangenheit und der »Erinnerungskultur« inzwischen auch bis in die neunziger Jahre vorgestoßen; eingehend betrachtet werden die SPD oder die sozialdemokratischen Verfolgten dort jedoch nicht¹⁴.

Anregungen für die Zeit nach der »Ära Brandt« liefern einige Untersuchungen, die sich dezidiert mit der »Geschichtspolitik« in der Bundesrepublik befassen¹⁵. Dieser in den öffentlichen Kontroversen

13 Vgl. Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 317f.

14 Reichel, Politik mit der Erinnerung; ders., Vergangenheitsbewältigung; Sabrow/Jarusch, Verletztes Gedächtnis; Gassert/Steinweis, Coping with the Nazi Past; Glienke/Paulmann/Perels, Erfolgsgeschichte Bundesrepublik?; Reichel/Schmid/Steinbach, Der Nationalsozialismus; Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis; Frei, 1945 und wir; zuletzt Rürup, Der lange Schatten des Nationalsozialismus; demnächst auch Frei, »Niemand will Nazi gewesen sein«. Zu einzelnen Debatten über Entschädigung und Erinnerungspolitik von den siebziger bis zu den neunziger Jahren vgl. Tümmers, Anerkennungskämpfe; Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung; Eder, Holocaust Angst; außerdem einige Beiträge in Frei u. a., Die Praxis der Wiedergutmachung.

15 Vgl. v. a. Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland; Schmid, Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis; ders., Erinnern an den »Tag der Schuld«.

der siebziger und vor allem der achtziger Jahre aufkommende Begriff war zunächst vorwiegend als »unreflektiertes politisches Schlagwort«¹⁶ gebräuchlich, das in normativ-kritischer Absicht eine Politik bezeichnete, die bestimmte Geschichtsbilder und Narrative vor- und festzuschreiben und sie auf eine identitäts- und legitimationsstiftende Funktion zuzurichten versuchte. Längst aber hat sich der Terminus Geschichtspolitik als analytischer Begriff etabliert, der die Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteuren über öffentliche Repräsentationen und Deutungen von Geschichte bezeichnet¹⁷. Dass »Geschichtspolitik« gleichwohl bis heute zuallererst mit den Museums- und Mahnmalplänen Helmut Kohls in Verbindung gebracht wird, regt umso mehr dazu an, auch nach der Existenz und den Charakteristika einer »sozialdemokratischen Geschichtspolitik« zu fragen – sowohl für die Zeit zwischen 1969 und 1982, in der die SPD den Kanzler stellte, als auch für die darauffolgenden Oppositionsjahre.

Diejenigen Akteure innerhalb der SPD, die sich in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit am meisten engagierten und profilierten, waren ehemalige Widerstandskämpfer, die entweder Verfolgung oder Exil oder beides erlebt hatten. Daher profitiert diese Untersuchung einerseits von der Erforschung des Widerstands und seiner Nachgeschichte, die besonders in den siebziger Jahren einen Aufschwung erlebte¹⁸, andererseits von jüngeren Arbeiten über die NS-Volksgemeinschaft, aus der die politisch Verfolgten ausgeschlossen worden waren¹⁹. Mit Blick auf die Nachkriegszeit ist zu fragen, wie sich verfolgte und remigrierte Sozialdemokraten in jener vormaligen »Volksgemeinschaft« verorteten, wie sie von der Mehrheit der Deutschen wahrgenommen

16 Schmid, Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept, S. 67.

17 Vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, S. 25-32; Schmid, Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept; Troebst, Geschichtspolitik.

18 Vgl. Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie (und das übergreifende Buchprojekt Broszat/Fröhlich, Bayern in der NS-Zeit); Steinbach, Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung; ders., Widerstand im Widerstreit; Tuchel, Der vergessene Widerstand; Stengel, Opfer als Akteure. Zur Emigration und Remigration von Sozialdemokraten vgl. Mehringer, Widerstand und Emigration; Krohn/von zur Mühlen, Rückkehr und Aufbau nach 1945; Krohn, Zwischen den Stühlen?.

19 Vgl. z. B. Bajohr/Wildt, Volksgemeinschaft; Schmiechen-Ackermann, »Volksgemeinschaft«; Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung; Kershaw, »Volksgemeinschaft«.

wurden und mit welchem Selbstverständnis und welchen Zielsetzungen sie ihr politisches Wirken in der Demokratie fortsetzten.

Eine Redeweise, die sich nach 1945 nicht nur im sozialdemokratischen Vokabular, sondern vielfach auch in der Geschichtsschreibung als Synonym für die deutsche Widerstandsbewegung etablierte, war die vom »anderen Deutschland«²⁰. Was seit Mitte der vierziger Jahre als kollektive Selbstbeschreibung und Fremdzuschreibung der deutschen Widerstandsbewegung fungierte und später allzu oft als unspezifischer Sammelbegriff, Analysekategorie und Schlagwort benutzt wurde, soll hier selbst zum Forschungsgegenstand werden²¹. Oftmals ausgeklammert blieb beim Reden über das »andere Deutschland« der kommunistische Widerstand: Unter den politisch-ideologisch begründeten Distinktionsbedürfnissen verschiedener Gruppen von NS-Gegnern war es vor allem der Antikommunismus als eine »die politischen Lager überwölbende Integrationsideologie«²², der mindestens in den ersten zwei Jahrzehnten nach Kriegsende das Selbstverständnis vieler – auch sozialdemokratischer – Widerstandskämpfer definierte. Ihren organisatorischen Niederschlag fand das antikommunistische Abgrenzungsbedürfnis der Sozialdemokraten 1948 in einem Unvereinbarkeitsbeschluss, der eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der SPD und in der kommunistisch dominierten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) verbot und in die Gründung der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) mündete.

Abseits von Quelleneditionen wie den Sitzungsprotokollen der SPD-Bundestagsfraktion oder digital abrufbaren Beständen wie den stenographischen Protokollen des Bundestages beruht dieses Buch zu großen Teilen auf Quellen, die im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in

20 Neben Ulrich von Hassell, einem Mitverschwörer des 20. Juli, war Willy Brandt in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre einer der ersten, der die Formel vom »anderen Deutschland« und von den »anderen Deutschen« in seinem 1946 in Norwegen und Schweden erschienenen Buch *Forbryttere og andre tyskere / Förbrytare och andra tyskar* als Synonym für die deutsche Widerstandsbewegung benutzte. Vgl. Hassell, *Vom anderen Deutschland*; dazu auch Danyel, *Bilder vom »anderen Deutschland«*, S. 64; Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche*.

21 Vgl. z. B. Kettenacker, *Das »andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg*; Grebing/Wickert, *Das »andere Deutschland« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*; Ueberschär, Gerd R., *Für ein anderes Deutschland. Die sozialdemokratischen und sozialistischen NS-Gegner wurden dabei zuweilen als Idealtypen der zum »anderen Deutschland« Zählenden herausgestellt*; vgl. z. B. Potthoff, *Die Auseinandersetzung*, S. 125; ders., *Die Sozialdemokraten*, S. 55.

22 Schildt, *Ankunft im Westen*, S. 97.

Bonn verwahrt werden: Neben den Akten des Parteivorstands – darunter die Bestände der Vorsitzenden Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer sowie die Sammlung zur AvS – sind dies vor allem die umfangreichen Unterlagen der Bundestagsfraktion sowie das Willy-Brandt-Archiv. Intensiv genutzt wurden außerdem die vom AdsD digital bereitgestellten Sammlungen von Pressemitteilungen der SPD. Den größten und zugleich ertragreichsten Teil des Quellenmaterials machen jedoch Nachlässe aus: Viel mehr als die parteioffiziellen Äußerungen geben die darin enthaltenen privaten Korrespondenzen, persönlichen Zeugnisse und unveröffentlichten Dokumente Aufschluss über die Erfahrungsgeschichte von Sozialdemokraten im Umgang mit ihrer eigenen Widerstands- und Verfolgungsgeschichte wie auch über ihre Sicht auf das Verhältnis von Partei und Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit. Ergänzend konnten in einigen Fällen auch Entschädigungsakten hinzugezogen werden.

III.

Die Gliederung des Buches korrespondiert zum Teil mit den Phasen, welche die SPD auf Bundesebene entweder in der Opposition oder in der Regierungsverantwortung verbrachte: Politische Forderungen, Handlungsmöglichkeiten und Prioritäten der SPD waren maßgeblich von ihrer jeweiligen Machtposition bestimmt. Zugleich deckt sich die Periodisierung weithin mit den in der Forschung etablierten Phasen der Nachgeschichte des »Dritten Reiches«: Danach folgte auf die unmittelbare Nachkriegszeit als »Phase der politischen Säuberung« zunächst die »Phase der Vergangenheitspolitik« bis zum Ende der fünfziger Jahre, darauf die »Phase der Vergangenheitsbewältigung« bis zum Ende siebziger Jahre und schließlich die – noch am wenigsten untersuchte und wohl auch noch nicht abgeschlossene – »Phase der Vergangenheitsbewahrung«²³.

23 Vgl. Frei, *Deutsche Lernprozesse*, S. 16, der den Begriff »Vergangenheitsbewahrung« von Aleida Assmann übernahm. Als nahezu deckungsgleich mit der Chronologie dieses Buches erweist sich die von Eckart Conze in seiner Überblicksdarstellung zur Geschichte der Bundesrepublik gewählte Einteilung in eine Phase der »Gründerjahre« von 1949 bis 1957, ein »Ende der Nachkriegszeit« von 1957 bis 1966, eine »Reformzeit« von 1966 bis 1974, die »Krisenjahre« von 1974 bis 1982 und – in Anlehnung an Andreas Wirsching – den »Abschied vom Provisorium« von 1982 bis zum Fall der Mauer. Vgl. Conze, *Die Suche nach Sicherheit*. Wolfrum, *Die geglückte Demokratie*, markiert dagegen das Ende der von »Wiederaufbau und Verwestlichung« geprägten Gründungsphase erst

Das erste Kapitel behandelt die Jahre von 1945 bis 1949 als eine Phase, in der die optimistischen Erwartungen von Sozialdemokraten an die politische und juristische Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und an den selbstständigen Aufbau demokratischer und sozialer Strukturen aufeinandertrafen. Zwar gelang es Kurt Schumacher innerhalb weniger Monate, das organisatorisch und programmatisch weit zersplitterte sozialistische Lager unter dem Dach der wiedergegründeten SPD zu vereinen. Am Beispiel der Diskussionen über die Schuldfrage, die Entnazifizierung, die Frage der Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder und die Zukunft jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland kann jedoch gezeigt werden, dass die Erwartungen vieler Sozialdemokraten schon bald in Konflikt miteinander, aber auch in Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Kräften gerieten – und dabei vielfach enttäuscht wurden.

Die Zeit von der Gründung der Bundesrepublik bis zu den späten fünfziger Jahren steht im Fokus des zweiten Kapitels. In einer Vielzahl von parlamentarischen Gesetzgebungsprozessen, öffentlichen Debatten und parteiinternen Auseinandersetzungen nahmen einzelne sozialdemokratische Politiker, aber auch Interessengruppen innerhalb der SPD Positionen ein, die zwischen Kritik an der »Vergangenheitspolitik« der Bundesregierung und Zugeständnissen an die Entlastungs- und Verdrängungsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit oszillierten. Analysiert wird, welche Beweggründe und Erwägungen die widersprüchlichen Haltungen der SPD und ihrer Repräsentanten beeinflussten und wo Konfliktlinien innerhalb der Partei verliefen, wenn es um Entscheidungen zwischen Opposition und Opportunität ging. Dabei geraten sozialdemokratische Gesetzesinitiativen zum Schutz vor »Feinden der Demokratie« und Diskussionen um die Wiederverwendung ehemaliger Nationalsozialisten in Politik, Verwaltung und Justiz ebenso in den Blick wie der Umgang mit NS-Verbrechern und neonazistischen Gruppierungen, die Aneignung eines harmonieorientierten Widerstandsgedächtnisses und das Verhältnis zu anderen Opfergruppen sowie das Engagement der SPD für eine Entschädigung der NS-Verfolgten.

Das dritte Kapitel umspannt die Zeit vom Godesberger Parteitag 1959, als eine Phase verstärkter Strafverfolgungsbemühungen gegen NS-Verbrecher begann, bis zur Mitte der sechziger Jahre, die aus der Sicht vieler Zeitgenossen als »Ende der Nachkriegszeit« wahrgenommen wurde. Am

1959 und sieht danach eine große zusammenhängende Phase der »Dynamik und Liberalisierung« von 1959/60 bis zu einer 1973 beginnenden Zeit der »Bewährung und Bewahrung«.

Beispiel der parallel zueinander verlaufenden Debatten um die Nachwehen der nationalsozialistischen Justiz und die Frage der Verjährung von NS-Verbrechen, um antisemitische Skandale und Diffamierungskampagnen gegen Widerstandskämpfer und Emigranten wird gezeigt, wie sich Perspektiven, Strategien und Semantiken sozialdemokratischer Politiker im Umgang mit diesen Diskussionen um eine angemessene »Vergangenheitsbewältigung« weiterentwickelten – ein Prozess, der mit einem wachsenden Selbstbewusstsein der SPD einherging und zugleich von beginnenden Generationskonflikten in Partei und Gesellschaft begleitet wurde.

Thema des vierten Kapitels ist die Zeit von der Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 bis zum Rücktritt Willy Brandts im Mai 1974. Dabei markierten die ersten Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung auf Bundesebene den Höhepunkt eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, der sich vor allem in den Protesten der jungen Generation und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gegen die überkommenen Normen und Hierarchien eines teils als »fascistisch« empfundenen Systems manifestierte. Innerparteiliche und gesellschaftliche Konflikte über die NS-Vergangenheit entzündeten sich in diesen Jahren an der umstrittenen Koalition mit der CDU/CSU, am Umgang mit dem Neonazismus, an der Debatte um die Notstandsgesetze und an der Neuen Ostpolitik nach dem Machtwechsel von 1969. Nach Brandts Kniefall in Warschau und der Verabschiedung der Ostverträge kündigte sich mit dem nach der Bundestagswahl 1972 bald eintretenden Ende der sozialliberalen »Reformeuphorie« auch in der Auseinandersetzung der Deutschen mit der NS-Vergangenheit ein Wandel an.

Das fünfte Kapitel behandelt die Jahre der Kanzlerschaft Helmut Schmidts, die von einer zunehmenden Polarisierung innerhalb der SPD, aber auch der gesamten westdeutschen Öffentlichkeit geprägt waren. Unter dem Eindruck einer verbreiteten Krisenstimmung und des RAF-Terrorismus entfaltete sich ein Diskurs über die »Identität« einer vor allem von konservativer Seite als »geschichtslos« empfundenen Bundesrepublik. In dieser »Tendenzwende« sahen sich Sozialdemokraten nicht nur mit Kampagnen aus den Reihen der CDU/CSU konfrontiert, die auf eine vermeintliche Nähe von Sozialismus und Nationalsozialismus abhoben, sondern auch mit dem Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen und der Gründung der Grünen als einer konkurrierenden Partei auf der Linken. An der Schwelle zu den achtziger Jahren wurde dann auch die SPD von einer »Renaissance des Geschichtsbewusstseins« erfasst und reagierte darauf mit der Reaktivierung ihrer Verfolgtenorganisation und der Gründung einer Historischen Kommission.

Der Regierungswechsel von 1982 und die von Helmut Kohl verkündete »geistig-moralische Wende« stehen am Beginn des sechsten und letzten Kapitels, das bis zum Fall der Mauer 1989 und zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 reicht. Die Geschichtspolitik des neuen Kanzlers, der eine »Normalisierung« des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit im Sinn hatte, drängte die SPD in die Defensive und provozierte heftige Reaktionen auf einen teils als apologetisch empfundenen Umgang der schwarz-gelben Regierung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Die »Bitburg-Affäre« und der »Historikerstreit« markierten die Höhepunkte dieser in Politik, Medien und Wissenschaft aggressiv geführten Debatte, die eine tiefe Kluft zwischen zwei politischen Lagern offenbarte. Während die Grünen zur gleichen Zeit Diskussionen über die Anerkennung und Entschädigung »vergessener Opfer« des Nationalsozialismus anstießen, nahm die Generation der gealterten verfolgten Sozialdemokraten ihren Abschied von der politischen Bühne.

Einige von ihnen begleiten den Leser dieses Buches über mehrere Jahrzehnte, teils über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg – so auch Günter Markscheffel, der 1949 das Desinteresse der eigenen Genossen an der Auseinandersetzung mit der damals »jüngsten Vergangenheit« beklagt hatte. An der meist lebenslangen Beschäftigung dieser Sozialdemokraten mit ihrer eigenen Geschichte und der ihrer Partei wird besonders greifbar, welch permanente Gratwanderung der Umgang mit der NS-Vergangenheit für die SPD bedeutete. In der Zusammenschau vieler individueller Perspektiven von Sozialdemokraten zwischen 1945 und 1990 wird deutlich, wie die SPD und ihre verschiedenen Akteure und Gruppen jenen Interessenkonflikten in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit begegneten, die sich sowohl aus der Heterogenität ihrer Lebensläufe als auch aus dem grundlegenden Paradoxon ergaben, dass einstige Widerstandskämpfer und Verfolgte ihre Partei für ehemalige NSDAP-Mitglieder und »Mitläufer« öffnen mussten, um politisch erfolgreich zu sein.

I. Enthusiasmus und Enttäuschung (1945-1949)

Als am 8. Mai 1945 der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, wurde beim SPD-Ortsverein Hannover schon wieder gearbeitet. Keine zwei Wochen nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen in die Stadt waren dort am 19. April ehemalige sozialdemokratische Funktionäre zusammengekommen, um den Wiederaufbau ihrer Partei in Angriff zu nehmen¹. Initiator des Treffens war der knapp 50-jährige Kurt Schumacher. Fast zwölf Jahre waren seit der Verhaftung jenes SPD-Reichstagsabgeordneten vergangen, der die nationalsozialistische Ideologie schon im Februar 1932 als »dauernden Appell an den inneren Schweinehund« zu bezeichnen gewagt hatte². Nach kürzeren Haftzeiten in zwei württembergischen Konzentrationslagern war Schumacher 1935 nach Dachau verlegt und von dort im Frühjahr 1943 als schwerkranker Mann entlassen worden. Die beiden letzten Kriegsjahre hatte er unter Gestapo-Aufsicht bei seiner Schwester in Hannover verbracht, unterbrochen von einer vierwöchigen Haftzeit im Spätsommer 1944³. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler hatte das Regime mit der »Aktion Gitter« versucht, alle ehemaligen Mandatsträger und Funktionäre der demokratischen Weimarer Parteien dingfest zu machen – und damit ungewollt ermöglicht, dass Schumacher im KZ Neuengamme bei Hamburg gemeinsam mit anderen Sozialdemokraten aus der Region über die ersehnte Zeit nach Hitler beraten konnte⁴.

Auch im 400 Kilometer entfernten Weimar machten sich politische Gefangene zu dieser Zeit Gedanken über den politischen Neubeginn. Schon in den ersten Tagen nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald durch die US-Armee Mitte April 1945 wurden Resolutionen und Manifeste verschiedener Häftlingsausschüsse verabschiedet, darunter das von deutschen und österreichischen Sozialisten unterzeichnete »Buchenwalder Manifest für Frieden, Freiheit, Sozialismus«. Federführend war der Thüringer Sozialdemokrat Hermann Brill, einige Monate

1 Die Versammelten beschlossen die Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Hannover und ernannten Schumacher zu ihrem Vorsitzenden; offiziell in der britischen Besatzungszone zugelassen wurde die Partei aber erst im Dezember 1945.

2 RT-Protokolle, 23.2.1932, Bd. 446, S. 2254 f., zit. bei Albrecht, Kurt Schumacher, S. 70.

3 Zu Schumachers Erfahrungen zwischen 1933 und 1945 vgl. ebenda, S. 84-88, sowie ausführlich Merseburger, Der schwierige Deutsche, S. 166-194.

4 Vgl. Wickert, Widerstand und Verfolgung, S. 379.

älter als Schumacher und wie dieser ein ehemaliger Landtags- und Reichstagsabgeordneter, der als Gegner des Nationalsozialismus 1938 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden war. Anders als Schumacher jedoch, der eine Zusammenarbeit mit Kommunisten entschieden ablehnte, war Brill ein Anhänger der Volksfrontidee⁵. Kaum hatte er das Lager hinter sich gelassen, gründete er im Mai 1945 gemeinsam mit Benedikt Kautsky in Thüringen den Bund Demokratischer Sozialisten, der für das gemeinsame Ziel einer »sozialen Revolution« mit der KPD zu kooperieren gewillt war⁶.

Im zerstörten Deutschland oder im sicheren Exil, noch in der Haft, gerade befreit oder schon lange im Untergrund, in der Kriegsgefangenschaft oder in der »inneren Emigration« – in ganz unterschiedlichen Situationen und aus verschiedenen Perspektiven schmiedeten die politischen Gegner und Verfolgten des Nationalsozialismus in der Phase seines Untergangs Pläne für die Zeit danach. Egal wie unabsehbar jegliche Normalität politischen Alltags noch schien, wie unermesslich das Chaos und die materielle Not auch waren, wie sehr die gesundheitlichen Folgen von jahrelanger Haft und Entbehrung ihre Handlungsmöglichkeiten beschränkten: Die im »Dritten Reich« verfolgten Protagonisten der Arbeiterbewegung richteten ihren Blick auf einen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Neubeginn⁷. Die SPD wiederzugründen und sie zur organisatorischen Plattform dieses Neubeginns zu machen war ein gemeinsames Ziel vieler Sozialisten und Sozialdemokraten; Kurt Schumacher war derjenige, der in dieser Situation die Chance zu ihrer Sammlung und Führung ergriff – und der dafür trotz einer weiten räumlichen und ideellen Zersplitterung der zwölf Jahre zuvor zerschlagenen SPD auch die notwendige Unterstützung erhielt.

- 5 Schon in seiner ersten Rede vor sozialdemokratischen Funktionären am 6. Mai 1945 schloss Schumacher eine Zusammenarbeit mit der KPD kategorisch aus, nicht nur aufgrund ideologischer Unvereinbarkeit, sondern auch wegen der Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von der Sowjetunion. Vgl. Schumacher, 6. Mai 1945, S. 228f. Die aus dem Quellenband Albrecht, Kurt Schumacher, zitierten Reden und Texte Schumachers werden zur besseren Lesbarkeit hier nur mit Datum aufgeführt und sind im Literaturverzeichnis als Volltitel zu finden.
- 6 Vgl. Overesch, Hermann Brill, S. 339-351; Steinbach, Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, S. 35. Der Bund Demokratischer Sozialisten ging schon im August 1945 in der SPD auf, nachdem die KPD Brills Angebot zur Zusammenarbeit ausgeschlagen und die Sowjetische Militäradministration ihn unter Druck gesetzt und aus dem Amt des Regierungspräsidenten entlassen hatte. Brill flüchtete daraufhin nach Hessen. Vgl. Wickert, Widerstand und Verfolgung, S. 380.
- 7 Vgl. Grebing, Probleme einer Neubestimmung, S. 55f.

Splitter und Magnet: Sozialdemokratische Perspektiven

Abseits theoretischer und strategischer Überlegungen zur Zukunft der organisierten Arbeiterbewegung ging es in den Frühjahrstagen 1945 um die Lösung konkreter sozialer und organisatorischer Probleme. Als Eberhard Brünen am 7. Mai aus dem sächsischen Zuchthaus Waldheim entlassen wurde, war an seine Rückkehr ins Ruhrgebiet noch nicht zu denken. Nach mehr als zehn Jahren Gefangenschaft in sechs verschiedenen Haftanstalten war der einst führende SAP-Aktivist so krank, dass er zunächst ärztlich behandelt werden musste⁸. Auch als er wieder halbwegs auf den Beinen war, blieb Brünen noch einige Wochen in Waldheim und kümmerte sich um die medizinische Versorgung von Mithäftlingen und um die Auflösung des Zuchthauses. Dann aber zog es ihn nach Hause und in die Parteiarbeit zurück. Anders als den wenigen jüdischen Überlebenden war den meisten politisch Verfolgten eine Familie geblieben, von der sie aufgefangen wurden; zugleich konnten sie an Milieustrukturen der Arbeiterbewegung anknüpfen, die während des »Dritten Reiches« zwar erodiert, aber nie vollkommen zerstört worden waren⁹. Am 28. Juli 1945 war Brünen wieder bei seiner Familie, vier Tage später bescheinigte ihm die Duisburger Hilfsstelle für politische Häftlinge die vorläufige Anerkennung als Verfolgter des Nationalsozialismus, und kurz darauf nahm er bereits seine Arbeit als Parteisekretär der – offiziell noch gar nicht zugelassenen – SPD auf. Zwar hoffte er noch immer auf eine Einigung

8 Eberhard Brünen (1906-1980) war seit 1927 SPD-Mitglied und zählte 1931 zu den Mitbegründern der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), einer linkssozialistischen Abspaltung der SPD. 1933 war er federführend am Aufbau einer SAP-Untergrundorganisation an Rhein und Ruhr beteiligt. Im November 1934 wurde er von der Gestapo verhaftet und im Juli 1935 vor dem Oberlandesgericht Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er nach achtmonatiger Untersuchungshaft in der Dortmunder Steinwache bis zum Mai 1945 in verschiedenen Zuchthäusern verbüßte. Vgl. Tappe/Tietz, Tatort Duisburg, Bd. II, S. 260-263.

9 Vgl. Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 169; Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 45 f. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Verfolgten entschloss sich nach Ende der Haftzeit zu einer Rückkehr in die Heimat. Nach den Ergebnissen einer Massentichprobe aus den Akten des Wiedergutmachungsamtes Düsseldorf lebten 85 Prozent aller sozialdemokratischen Entschädigungsempfänger wieder oder immer noch in Düsseldorf. Vgl. Meyer, Verfolgung, S. 163.

der Arbeiterbewegung, hielt die erneute Gründung einer dritten Partei zwischen SPD und KPD aber nicht für aussichtsreich¹⁰.

Brünens Verlobte Herta Niederhellmann, mit der er von der SPD zur SAP übergetreten und im Widerstand aktiv gewesen war, hatte ihn seit seiner Verhaftung im November 1934 nicht mehr gesehen. Wenige Wochen nach Brünen war auch sie festgenommen worden und danach sechs Jahre in verschiedenen Zuchthäusern und Lagern inhaftiert gewesen, zuletzt im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Nach ihrer überraschenden Entlassung hatte sie eine über den Lagerkommandanten vermittelte Beschäftigung als Hausangestellte eines SS-Arztes in Berlin erhalten, war aber nach einem Streit bald ins Ruhrgebiet zu ihrer Familie zurückgekehrt¹¹.

Im Unterschied zu den jüdischen Verfolgten, die entweder ermordet wurden oder bis zur Befreiung der Lager Zwangsarbeit leisten mussten, wurden politisch Verfolgte nach Absitzen ihrer Haftstrafe oftmals wieder freigelassen. Ein Ende ihrer Diskriminierung bedeutete dies freilich nicht: Die Überwachung ging weiter, Berufsverbote wurden aufrechterhalten, und von den sozialpolitischen Vergünstigungen der NS-Volksgemeinschaft blieben die ehemaligen Häftlinge ausgeschlossen. Die materiellen und mentalen Folgen des Krieges kamen zu den Langzeitfolgen der Haft hinzu und trafen sie ungleich härter als den Rest der Bevölkerung. Dass Herta Niederhellmann in den Jahren bis Kriegsende trotz Observation durch die Gestapo von weiteren Verfolgungsmaßnahmen verschont blieb und immerhin eine Anstellung als Hotelkassiererin fand, verdankte sich nicht zuletzt der Tatsache, dass ihre vier Brüder in der NSDAP aktiv waren¹².

Mit ihrer fünfzehn Jahre älteren Schwester Johanna hingegen teilte sie ihre politische Überzeugung ebenso wie die Verfolgungserfahrung: Die in der Weimarer Republik stadtbekannteste Duisburger Friedensaktivistin und Frauenrechtlerin war Mitte der dreißiger Jahre als Initiatorin eines Widerstandskreises um die Brotfabrik Germania verhaftet, gefoltert und in einem Massenprozess vor dem NS-Volksgesichtshof in Berlin zu drei Jahren Haft im Frauenzuchthaus Ziegenhain verurteilt worden. Wegen Krankheit vorzeitig entlassen, war sie 1938 als gebrochene Frau nach

10 Vgl. Entschädigungsakte Brünen, RPD-W-ZK-5166; Tappe/Tietz, *Tatort Duisburg*, Bd. II, S. 333; *Der Freiheit verpflichtet*, S. 62.

11 Vgl. Tappe/Tietz, *Tatort Duisburg*, Bd. II, S. 403 f.

12 Interview der Verfasserin mit Else Niederhellmann am 1.3.2005.

Hause zurückgekehrt¹³. Johanna Niederhellmanns wichtigster Verbündeter und organisatorischer Kopf der Gruppe, der einstige SPD-Partei-sekretär Hermann Runge, hatte im gleichen Prozess eine neunjährige Haftstrafe erhalten, die er im Zuchthaus Lüttringhausen bei Wuppertal verbüßte¹⁴. Nachdem ihm während eines Arbeitseinsatzes im März 1945 die Flucht gelungen war und er untergetauchen konnte, meldete er sich Ende April beim Kommando der britischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet¹⁵.

Sozialdemokratische Verfolgte wie Runge oder Brünen, bei Kriegsende mit 40 bis 50 Jahren das unbelastete Pendant zur Funktionsgeneration des Nationalsozialismus, zählten beim Neuaufbau der örtlichen Verwaltung zu den bevorzugten Ansprechpartnern der Besatzungstruppen¹⁶. Runge erhielt schon wenige Wochen nach seiner Rückkehr eine Anstellung beim Landratsamt seiner Heimatstadt Moers, nahm aber genau wie Brünen bereits im August 1945 seine Arbeit als SPD-Partei-sekretär wieder auf. Ende des Jahres wurde er in den Beratenden Provinzialrat Nordrhein berufen, eine Vorläuferinstitution des Landtages. Der erstaunlich schnelle und energische Wiedereinstieg dieser Sozialdemokraten in den politischen Arbeitsalltag war nicht nur Ergebnis eines Vertrauensvorschlusses, den ihnen die Besatzungsmächte gewährten, sondern auch Ausdruck eines besonderen Pflicht- und Verantwortungsbewusstseins der Zurückgekehrten. Ihr oft desolater Gesundheitszustand hinderte die jahrelang Inhaftierten nicht daran, sich in der chaotischen Situation des Jahres 1945 statt um ihr eigenes Wohl vorrangig um den Aufbau

13 Vgl. Entschädigungsakte Johanna Niederhellmann, RPD-W-ZK-5448, Bl. 38; Bludau, Gestapo – Geheim!, S. 25; Tappe/Tietz, Tatort Duisburg, Bd. I, S. 49, 399 f. Johanna Niederhellmann hatte den Brotfabrikanten August Kordaß, ein ehemaliges SPD- und Reichsbanner-Mitglied, 1934 davon überzeugen können, seine Brotfabrik Germania in Duisburg-Hamborn als Verteilerzentrale illegaler sozialdemokratischer Widerstandsliteratur sowie als Knotenpunkt der geheimen Nachrichtenübermittlung zur Sopade zu nutzen.

14 Hermann Runge (1902-1975) gehörte in den zwanziger Jahren im Kreis Moers als SPD-Abgeordneter verschiedenen Gremien an, war im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aktiv und übernahm innerhalb von Partei und Gewerkschaft Aufgaben in der Schulung politischen Nachwuchses, bevor er von 1931 an als Partei-sekretär des Bezirks Niederrhein hauptberuflich für die SPD arbeitete. Vgl. Der Freiheit verpflichtet, S. 280 f.; Entschädigungsakte Runge, RPD-W-ZK-4203.

15 Vgl. Anerkennung durch den Kreissonderhilfsausschuss, 25.10.1949, ebenda.

16 Vgl. Röhl, Sozialdemokraten, S. 203 f.; Wickert, Widerstand und Verfolgung, S. 379 f.

von Verwaltungsstrukturen und Versorgungsnetzen zu kümmern¹⁷. So entstanden erste lokale Fürsorgestellen für ehemalige Häftlinge vielerorts auf Initiative von politisch Verfolgten¹⁸. Leo Radtke, ein mehrfach vom NS-Volksgerichtshof verurteilter Sozialdemokrat und Gewerkschafter aus Hamm, widmete sich gleich nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen im Juni 1945 der Betreuung anderer NS-Verfolgter, obwohl er infolge der Haft unter einem chronischen Lungenleiden, fortgeschrittener Arthrose und Herz-Kreislauf-Problemen litt. Wenige Monate später nahm er eine Anstellung bei der Bezirksregierung Arnsberg an, wo er für die Entschädigung von NS-Verfolgten zuständig war und später zum Leiter der Wiedergutmachungsabteilung aufstieg¹⁹.

Fritz Erler, als Mitglied der Widerstandsgruppe Neu Beginnen 1939 zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, hatte seiner Frau Käthe im Mai 1943 aus dem Konzentrationslager Dachau geschrieben und voller Zuversicht und Tatendrang auf die Zeit nach der erhofften Befreiung geblickt, die seit Stalingrad erstmals greifbar schien: »Auf alle Fälle wird meine Rückkehr nach Berlin mich nicht in eine lustige ›Geschäftigkeit‹ reißen, wohl aber in ein randvolles Schaffen stellen, auf das ich mich heute schon freue. Aufgaben wird es geben, Aufgaben.«²⁰ Seine Wirkungsstätte fand Erler nach Kriegsende indes nicht in seiner Heimatstadt, sondern in Süddeutschland. Nach der Flucht während eines Gefangenentransports Anfang April 1945 strandete er im württembergischen Biberach, wo er sich bis zum Einmarsch der französischen Truppen am 30. April versteckte²¹. Die Besatzungsverwaltung engagierte den 32-Jährigen umgehend als Dolmetscher und setzte ihn noch im Mai 1945 als Landrat ein²².

Auch im Exil hatten geflohene Gegner des Nationalsozialismus schon vor Kriegsende mit dem Gedanken an eine Rückkehr nach Deutschland

17 Vgl. Hermann Runge, »Von ungeheurer moralischer Bedeutung«, o. D. [1955], Die Gemeinschaft [NRW], 1/1956, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand 56, Aktengruppe AvS, 2/PVCI000037/02112.

18 Vgl. Lissner, Den Fluchtweg zurückgehen, S. 82 ff.; Goschler, Schuld und Schulden, S. 68; Röhl, Sozialdemokraten, S. 203 f.; Wickert, Widerstand und Verfolgung, S. 379 f.

19 Vgl. Entschädigungsakte Radtke, RPD-W-ZK-28010.

20 Fritz Erler an Käthe Erler, 19.5.1943, zit. nach Soell, Fritz Erler, Bd. I, S. 60. Fritz Erler (1913-1967) war Ende der zwanziger Jahre in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und in die SPD eingetreten, die ihn im April 1933 wegen seiner Mitarbeit in der Gruppe Neu Beginnen ausschlossen.

21 Vgl. Soell, Fritz Erler, Bd. I, S. 61 f.

22 Vgl. ebenda, S. 64.

gespielt. Der Sozialdemokrat Ernst Reuter, in der Weimarer Republik Berliner Stadtrat für Verkehrswesen, Reichstagsabgeordneter und zuletzt Oberbürgermeister von Magdeburg, war 1934 nach schweren Misshandlungen im Konzentrationslager Lichtenburg zunächst nach England, dann in die Türkei emigriert. In Ankara hatte er seither im Dienst türkischer Ministerien an Infrastrukturprojekten gearbeitet und Stadtplanung an der dortigen Verwaltungshochschule gelehrt. In einem Brief an seinen Kollegen Fritz Baade formulierte er im Sommer 1943 einen hohen Anspruch. Es sei die »politische Pflicht« der Emigranten, nach Deutschland zurückzukehren und für eine »klare, einwandfreie, radikale und die Welt absolut überzeugende Ausrottung des nationalsozialistischen Systems und seiner Ideologie« sowie für ein »rücksichtsloses Durchgreifen« gegen alle Unterstützer des NS-Regimes zu sorgen²³. Reuter und einige andere Exilanten in der Türkei entwickelten ein Konzept zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts, das sie im Sommer 1945 an eine ihnen »nahestehende amerikanische Stelle« übergaben. Gedacht war an die Gründung eines Instituts zur Erforschung der Ursachen und der Geschichte von Faschismus und Nationalsozialismus. An Fritz Heine im Londoner Exil schrieb Reuter im Juli 1945, ihrer beider Leben werde »erst wieder einen Sinn bekommen«, wenn sie »nach Deutschland zurück können und dort von vorne mit der Arbeit beginnen«²⁴. Nach seinen ersten Bemühungen um eine Rückreisegenehmigung im Frühjahr 1945 vergingen eineinhalb Jahre voller bürokratischer Hindernisse, bis Reuter schließlich Ende November 1946 in Hannover seinem einstigen Fraktionsgenossen Kurt Schumacher wiederbegegnete.

Auch Herbert Wehner, der bald nach Kriegsende Kontakt zum dortigen »Büro« aufnahm, nachdem er sich im schwedischen Exil vom Kommunismus abgewandt hatte, kehrte erst 1946 nach Deutschland zurück. Der 1906 geborene Dresdner, seit 1927 Mitglied der KPD, hatte seine Parteiarbeit nach der NS-Machtübernahme zunächst im Untergrund fortgesetzt und war 1937 ins Moskauer Exil geflüchtet. Im Auftrag der Partei war er 1941 nach Schweden gegangen, wo er als Spion festgenommen wurde²⁵. An einen Freund schrieb er im März 1945: »Wir sollten ganz still, aber innerlich fest, zu uns selbst sagen: Wenn der Krieg zu Ende sein wird, gehe ich nach Deutschland, weil ich von dort gekommen

23 Zit. nach Hirschfeld/Reichardt (Hg.), Ernst Reuter, Bd. 2, S. 539.

24 Reuter an Heine, 19.7.1945, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 68.

25 Vgl. Meyer, Herbert Wehner.

bin und dort noch am meisten tun kann.«²⁶ Unmittelbar nach seiner Ankunft in Hamburg schloss er sich der SPD an.

Willy Brandt hatte fast die gesamten zwölf Jahre des »Dritten Reiches« im skandinavischen Exil gelebt, lange Zeit in Norwegen, zuletzt in Schweden. Als SAP-Mitglied war er schon kurz nach der NS-Machtübernahme aus Deutschland geflohen. Geboren worden war er 1913 in Lübeck als Herbert Frahm; seinen Decknamen Willy Brandt behielt er später. Ob er wieder in Deutschland leben wollte, dessen war er sich nach Kriegsende nicht sicher – in Norwegen hatte er sich eine berufliche und private Existenz aufgebaut. Erst als er das Angebot erhielt, für skandinavische Zeitungen über den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu berichten, kehrte er – zunächst vorübergehend, später dauerhaft – nach Deutschland zurück. Seine Erfahrungen und Eindrücke während seiner ersten Reise schilderte er in einem 1946 in Norwegen und Schweden erschienenen Buch, das erst 2007 unter dem Titel *Verbrecher und andere Deutsche* in deutscher Sprache veröffentlicht wurde²⁷.

Max Kukielczynski, der Anfang der dreißiger Jahre in mehreren Lagern inhaftiert gewesen war und später Kontakte zum Widerstandskreis um Wilhelm Leuschner unterhalten hatte, war 1943 an die Front gekommen. In der Spätphase des Krieges hatte das NS-Regime viele politische Gegner trotz ihrer »Wehrunwürdigkeit« eingezogen, oft in sogenannte Straf- oder Bewährungsbataillone²⁸. In britischer Kriegsgefangenschaft nahe Oldenburg bat Kukielczynski Ende Juni 1945 unter Verweis auf seine erwiesene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus um »bevorzugte Entlassung aus der Wehrmacht«, damit er »am Wiederaufbau eines neuen Deutschlands und an der Wiedergutmachung mitarbeiten« könne²⁹. Nicht weit entfernt, in Soltau in der Lüneburger Heide, wurde zwei Monate später auch der Oberleutnant Helmut Schmidt aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Er hatte bislang noch nie einer Partei angehört. Tief beeindruckt von den Reden eines vom Nationalsozialismus desillusionierten Majors und Ritterkreuzträgers, des Pädagogen Hans Bohnenkamp, wandte sich der 27-Jährige unmittelbar nach Kriegsende der Sozialdemokratie zu.

26 Wehner an Lippold, März 1945, zit. bei Lehmann, Rückkehr, S. 45.

27 Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche*.

28 Vgl. Klausch, *Antifaschisten in SS-Uniform*; ders., *Die Geschichte der Bewährungsbataillone* 999.

29 Max Kukielczynski, Antrag auf bevorzugte Entlassung aus der Wehrmacht, 28.6.1945, AdsD, NL Kukil, 8.

Erstmals zur SPD stieß auch der mehr als zwanzig Jahre ältere Karl Schmid. Der habilitierte Jurist, Sohn einer Französin und eines Deutschen, nannte sich, um eine Verwechslung mit dem Staatsrechtler Carl Schmitt zu vermeiden, bald Carlo. Aus seiner Verachtung für den Nationalsozialismus hatte er nie einen Hehl gemacht, war aber nach 1933 durch seinen Beitritt zum NS-Juristenbund und dank der Fürsprache eines einflussreichen Studenten weitgehend unbehelligt geblieben³⁰. Im Krieg hatte Schmid bis zuletzt als Berater der Oberfeldkommandantur der Wehrmacht im nordfranzösischen Lille gearbeitet. Zurück in Tübingen wirkte er als Vermittler zwischen der Kommune und den französischen Besatzern, die ihn bereits im Juni 1945 zum Kultur- und Bildungsbefauftragten, im Oktober zum Leiter einer provisorischen Regierung in Württemberg-Hohenzollern und bald darauf auch zum Justizminister beriefen. Daneben trieb Schmid maßgeblich die Neuorganisation der Universität voran, an der er ab 1946 Öffentliches Recht lehrte, und wurde zum ersten Vorsitzenden der Landes-SPD gewählt. Schmid's Entscheidung zum Gang in die Politik war nach eigenem Bekunden dem Bedürfnis entsprungen, die Mitverantwortung des Bildungsbürgertums für die nationalsozialistische Machtübernahme zu kompensieren³¹. Seine Entscheidung für die Sozialdemokratie war diesem grundsätzlichen Ziel nachgeordnet: Schmid wollte sich nicht der SPD anschließen, er wollte sie nach seinen Vorstellungen ausrichten und reformieren, sie »von lähmenden und Wege verstellenden Tabuvorstellungen lösen«³². Als Exot und Neuling in der württembergischen SPD gelang ihm dies erstaunlich schnell. Dass sich der von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildete Antifaschistische Block in Tübingen zur Demokratischen Vereinigung wandelte und in einer bald schon von Bildungsbürgern dominierten württembergischen SPD aufging, lag vor allem an Schmid³³.

In dieser Region, namentlich in Stuttgart, hatte in der Weimarer Republik auch die journalistische und politische Laufbahn des aus Westpreußen stammenden Kurt Schumacher begonnen. Die letzten Wochen des »Dritten Reiches« verbrachte er in einem Versteck in Hannover, um einer erneuten Verhaftung zu entgehen. Seine Angst war nicht unbegründet, wurden doch gerade in der Endphase des Krieges viele Regimegegner kurzerhand exekutiert. An seine alte Wirkungsstätte in Württemberg zurückkehren konnte er aufgrund der beschränkten Reise-

30 Vgl. Schmid, *Erinnerungen*, S. 169; Weber, *Carlo Schmid*, S. 106.

31 Vgl. Schmid, *Erinnerungen*, S. 217.

32 Ebenda, S. 248f.

33 Vgl. Weber, *Carlo Schmid*, S. 262.

möglichkeiten nach der Befreiung erst einmal nicht – und wollte es auch bald gar nicht mehr. Hannover schien ihm wesentlich günstiger gelegen für seine Zukunftspläne, die ein politisches Wirken auf gesamtdeutscher Ebene vorsahen³⁴. Vor rund 130 sozialdemokratischen Funktionären der Stadt, die ihn gerade zum Vorsitzenden des inoffiziell wiedergegründeten Ortsvereins gewählt hatten, äußerte sich Schumacher am 6. Mai 1945 erstmals ausführlich zur politischen Lage³⁵. Wenn er dort von »wir« und »uns« sprach, dann meinte er zwar die gesamte SPD, formulierte damit aber zugleich seinen persönlichen Führungsanspruch. In seiner Rede, die unter dem Titel »Wir verzweifeln nicht« hektographiert und verbreitet wurde, erläuterte er nicht nur seine Vorstellungen von einem demokratischen Neuanfang nach sozialdemokratischen Grundsätzen, er bot auch eine schonungslose Analyse der mentalen Verwüstungen, die zwölf Jahre NS-Herrschaft in der deutschen Gesellschaft hinterlassen hatten.

Mit dem Nationalsozialismus sei eine »Woge von Verdummung« durch »alle Kanäle des Volkslebens« gebrandet, er habe eine »moralische Zersetzung und Deklassierung« der Bevölkerung bewirkt und unter Missbrauch der Parole »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« den »brutalsten Egoismus hochgezüchtet«. In seiner Interpretation des Nationalsozialismus als pathologischen Endstadiums des Spätkapitalismus war Schumacher ganz dem historischen Materialismus verhaftet. Dass die aufgeklärte Sozialdemokratie dem Sog widerstanden hatte, war Teil dieses marxistischen Geschichtsbildes. Die SPD sei die einzige politische Kraft in Deutschland gewesen, die an der »Linie von Demokratie und Frieden unverrückbar festgehalten« habe, erklärte er. Frühe Warnungen vor den Folgen der Machtübernahme Hitlers seien außerhalb der Partei kaum ernst genommen worden. Dass sich die Mehrheit der SPD-Anhänger gegenüber den »Verlockungen« des Nationalsozialismus immun gezeigt habe, verdiene umso größere Anerkennung. Andere hätten derweil »vielleicht mit allzuviel Ausweichtaktik, Schweigen und Untätigkeit gesündigt«, anstatt sich an der illegalen Arbeit zu beteiligen – und schon in diesem Unterlassen sah Schumacher »Ansätze eines Verschuldens«. Die ständige Angst vor Bespitzelung und Denunziation – selbst innerhalb von Familien – habe diese Passivität befördert.

34 Die Briten verweigerten ihm trotz mehrfacher Anfragen eine Ausreise aus der Besatzungszone. Wäre es nach den württembergischen Genossen gegangen, hätte Schumacher dort die Leitung der von den französischen Besatzern eingesetzten Landesverwaltung übernehmen können. Vgl. Vgl. Merseburger, *Der schwierige Deutsche*, S. 215; Albrecht, *Kurt Schumacher*, S. 90.

35 Vgl. hier und im Folgenden Schumacher, 6. 5. 1945, S. 203-236.

Große Verachtung empfand Schumacher für die »Vielzuvielen«, die sich als »stupide Nachläufer der Hitlerei und bloße Macht- und Erfolgsanbeter« erwiesen hätten, ohne von der NS-Ideologie besonders überzeugt gewesen zu sein: politisch Gleichgültige, die sich mit dem System bequem arrangiert, von den Beutezügen der deutschen Truppen egoistisch profitiert und schulterzuckend mit angesehen hatten, wie die Juden »gepeinigt, beraubt und verjagt« wurden. Den Beteuerungen vieler Deutscher, von nichts etwas gewusst zu haben, schenkte er keinen Glauben: »Es mag sein, dass sie nicht alles gewusst haben, aber sie haben genug gewusst.« Die »Mitschuld großer Volksteile an der Blutschuld der Nazis« könne nicht getilgt, sondern nur gemindert werden. Wer keine Bereitschaft zu Einsicht und Umkehr zeige, sich stattdessen mit selbstgerechter »Biedermannsmiene« über die Nöte des Alltags beklage, brauche nicht zu erwarten, dass die SPD ihm nachlaufen werde.

Die Klärung der »Schuldfrage« verlangte nach Schumacher eine »Ausrottung und Unschädlichmachung« sämtlicher Verantwortlichen. Abgesehen von den politisch und kriminell Schuldigen müsse aber auch die »große Zahl derjenigen, die durch ihre freche, zynische und korrupte Haltung die Atmosphäre des Nazismus in den Betrieben, auf der Straße und im Haus geschaffen haben«, öffentlich bloßgestellt werden. Die Bestrafung der »Hintermänner«, die – selbst wenn sie keine NSDAP-Mitglieder gewesen seien – »den Nazis zur Macht verholfen und aus der Nazipolitik den klingenden Profit gezogen haben«, hielt er für »wichtiger als die Verfolgung vieler oft zufällig, oft auch zwangsmäßig gebundener Parteimitglieder«. Was den Umgang der SPD mit ehemaligen »Pgs« betraf, vertrat Schumacher gleichwohl eine klare Linie: Für die Sozialdemokraten könne es »in der politischen Ablehnung der Nazielemente keine Konzession« geben. Auch wenn eine »unangebrachte Nachsicht« angesichts der Konkurrenzsituation sicher verlockend erscheine: Wer »politisch heimatlos gewordenen Nazis« einen »Unterschlupf« in einer demokratischen Partei biete, müsse mit einer systematischen Unterwanderung durch Aktivisten rechnen.

Als »Ergebnis des großen Hitlerabenteuers«, so Schumachers Bilanz, seien nun alle Deutschen mit primitiven Lebensbedingungen bislang ungekannten Ausmaßes konfrontiert – auch die Gegner des Nationalsozialismus. Deren »einziges Vorrecht« bestehe in dieser Situation darin, »am stärksten für die Umwandlung Deutschlands zu arbeiten«. Aus der moralischen Überlegenheit der Widerstandskämpfer sollte sich demnach kein Privileg, sondern eine besondere Verantwortung ableiten. Den Vertretern aller sozialistischen Splitterparteien, Widerstandsgruppen und

Emigrantenzirkel signalisierte Schumacher seine grundsätzliche Bereitschaft zur Wiederaufnahme in den Schoß der Mutterpartei. Die SPD müsse »als Magnet auf alle Splitter« wirken und dürfe sich nicht länger mit Meinungsverschiedenheiten über die Vergangenheit abgeben. Wer dies nicht einsehen und weiterhin auf seiner speziellen Gruppenzugehörigkeit beharren wolle, der werde »den Tod der politischen Vereinsamung und Ohnmacht aus Mangel an Lebensraum« sterben. Ob Schumacher diese nationalsozialistische Vokabel völlig gedankenlos benutzte, weil sie nach zwölf Jahren Dauerbeschallung mit NS-Propaganda in den allgemeinen Wortschatz eingegangen und verinnerlicht worden war, oder ob er damit bewusst polemisieren und provozieren wollte, ist nicht zu klären. Zumindest war es nicht das einzige und letzte Mal, dass er auf die Sprache des »Dritten Reiches« zurückgriff.

Der seit 1940 in London ansässige Vorstand der Exil-SPD um Hans Vogel, Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Erwin Schoettle veröffentlichte zwölf Tage nach Schumacher eine erste Erklärung zur Lage Deutschlands. Gefordert wurde die Bestrafung aller NSDAP-Funktionsträger und Militärs, die den Krieg verschuldet hatten. Aus der »Mitverantwortung« der Bevölkerung, die das NS-Regime weder verhindert noch gestürzt hatte, erwachse die Verpflichtung, sich an der Wiedergutmachung aller Kriegsschäden zu beteiligen. Auch die Londoner betonten die besondere Standhaftigkeit der Sozialdemokratie gegenüber dem Nationalsozialismus, stellten ihre frühen Warnungen ebenso heraus wie ihren »ununterbrochenen Kampf«. Gemeinsam mit allen, die »guten Willens und von freiheitlichem Geist und demokratischen Idealen erfüllt« seien, wolle man nun darangehen, ein »neues friedliches, demokratisches und soziales Deutschland aufzubauen«³⁶. Einen expliziten Führungsanspruch innerhalb der SPD formulierten die Exilanten nicht. Noch war überhaupt nicht absehbar, wann der emigrierte Parteivorstand nach Deutschland würde zurückkehren können – und gegenüber den »Daheimgebliebenen« war Zurückhaltung geboten, wollte man nach Jahren der Trennung nicht arrogant und rechthaberisch erscheinen. Auch Schumacher versuchte möglichen Verstimmungen vorzubeugen und lobte die Aufklärungsleistung sozialdemokratischer Emigranten: Die Genossen in Großbritannien seien nicht müde geworden, die deutsche Arbeiterbewegung gegen die »gefährliche reaktionäre These von der

36 18. Mai 1945, in: Chronik der deutschen Sozialdemokratie.

Schuld des gesamten deutschen Volkes am Faschismus und am Krieg« zu verteidigen, wie sie dort von den »Vansittartisten« vorgebracht werde³⁷.

Der respektvolle und zurückhaltende Umgang zwischen Sozialdemokraten im Exil und in Deutschland änderte nichts daran, dass Schumacher der Mann der Stunde war und vor Ort Fakten schaffen konnte. Innerhalb weniger Monate gelang es ihm, das hannoversche »Büro« in der Jakobstraße 10 als neue Machtzentrale und Denkfabrik und sich selbst in den Westzonen als dominante Führungspersönlichkeit einer SPD zu etablieren, die offiziell noch gar nicht wieder zugelassen war. Zwischen Juli und September 1945 sicherten ihm 14 inoffiziell wiedergegründete Bezirks- und Landesorganisationen ihre Unterstützung zu und beauftragten ihn mit der politischen und organisatorischen Führung der Partei. Auch ein Treffen Schumachers mit Vertretern sozialistischer Splittergruppen im August verlief erfolgreich: Sowohl der von Willi Eichler vertretene Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) als auch die einstige Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), repräsentiert durch Otto Brenner, erklärten ihre Bereitschaft zum Wiedereintritt in eine geeinte Sozialdemokratische Partei³⁸. Zur ersten großen Parteikonferenz nach Kriegsende, die allen organisatorischen Hindernissen zum Trotz am 5. und 6. Oktober 1945 in Wennigsen bei Hannover stattfand, reisten mit Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Erwin Schoettle auch drei Vertreter des Londoner Exil-Vorstands der SPD an – der langjährige Vorsitzende Hans Vogel hatte aufgrund einer plötzlichen Erkrankung nur ein Grußwort übermitteln können und starb am zweiten Konferenztag.

In einer Sonderbeilage der Londoner *Sozialistischen Mitteilungen* konnten die Emigranten im Herbst 1945 lesen, was die Genossen in Deutschland im Fall einer Rückkehr von ihnen erwarteten. Zwischen den Zeilen ließen die Autoren jenes ausführlichen Berichts über die Konferenz von Wennigsen keinen Zweifel daran, dass die Remigranten sich nach den Vorgaben der »Daheimgebliebenen« zu richten hatten. Es herrsche in der Partei zwar »keine Animosität gegen die politische Emigration«, schrieben die Londoner Teilnehmer, die »Genossen im Lande« seien jedoch »nicht in jedem Fall davon überzeugt«, dass ein

37 Vgl. Schumacher, 25.8.1945, S. 257.

38 Vgl. Merseburger, *Der schwierige Deutsche*, S. 205. Im britischen Exil hatten sich der Londoner Exil-Vorstand der SPD, der ISK, die SAP und die Gruppe Neu Beginnen schon 1941 zur Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien zusammengeschlossen. Die große Mehrheit ihrer nach Deutschland zurückkehrenden Mitglieder entschied sich für einen Beitritt zur SPD. Vgl. Wickert, *Widerstand und Verfolgung*, S. 380.

Anlass zur Emigration bestanden habe. Gleichwohl wünschten sie, alle zum Wiederaufbau Bereiten »so bald als möglich wieder in Deutschland an der Arbeit zu sehen«. Die Stellung eines Remigranten innerhalb der Partei werde sich dann nach seiner vor Ort gezeigten Leistungs- und Anpassungsbereitschaft richten³⁹.

Wenn der Tonfall des Berichts die Stimmung der Parteikonferenz authentisch wiedergibt – ein Protokoll der Tagung existiert nicht –, dann gab es durchaus Vorbehalte gegenüber den Emigranten. Die mit erhobenem Zeigefinger formulierten Bedingungen für eine erfolgreiche »Resozialisierung« der einst Geflohenen deuten jedenfalls darauf hin, dass die in Deutschland Verbliebenen Besserwisserei und Bevormundungsversuche von den Rückkehrern befürchteten. Mit den Londonern kam Schumacher bei der Parteikonferenz dennoch in allen zentralen Fragen rasch auf einen Nenner, ganz anders als mit den Vertretern aus der sowjetisch besetzten Zone⁴⁰. Dort hatten vorwiegend alte Berliner Sozialdemokraten bereits im Juni den »Zentralausschuss« der SPD gegründet, der sich für eine geeinte Arbeiterbewegung einsetzte und zu einer Zusammenarbeit mit der KPD grundsätzlich bereit war – Differenzen, die ein Gespräch zwischen Schumacher und Otto Grotewohl am Rande der Tagung in Wennigsen nicht zu überbrücken vermochte. Einigen konnten sich die Kontrahenten auf eine Trennung ihrer Macht- und Zuständigkeitsbereiche bis zu einer Aufhebung der Teilung Deutschlands in Besatzungszonen.

Schumachers rascher und unangefochtener Aufstieg in der SPD der Westzonen war bei weitem nicht nur seinem Machtinstinkt, seiner Zähigkeit und seinem Glück geschuldet, zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein. Er war in jeder Hinsicht für den Parteivorsitz geeignet: Als erfahrener und angesehener Berufspolitiker der späten Weimarer Republik verkörperte er Professionalität und Kontinuität. Er hatte weder zu den »Abtrünnigen« der SAP noch zu jenen »Immobilisten« gehört, die offenen oder gar gewalttätigen Widerstand gegen die NSDAP ablehnten, sondern war ein Vertreter der »militanten« Sozialdemokratie gewesen. Von deren prominentesten Protagonisten – junge

39 Vgl. Die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie. Bericht über Vorgeschichte und Verlauf der sozialdemokratischen Parteikonferenz von Hannover vom 5. bis 7. Oktober 1945, Sozialistische Mitteilungen, Beilage zur Ausgabe Nr. 79/80, Oktober/November 1945.

40 Bis zu einem ersten gesamtdeutschen Parteitag, darüber war man sich einig, galten weiterhin die »Londoner« als letzter gewählter Parteivorstand. Vgl. Merseburger, Der schwierige Deutsche, S. 216 f.

Funktionäre des rechten Parteiflügels, die für einen modernen Wahlkampfstil und einen offensiven Umgang mit der NSDAP standen – hatte außer Schumacher zudem kaum jemand überlebt⁴¹. Seine scharfen Attacken gegen Hitler waren in Erinnerung geblieben. Die Physis des versehrten Weltkriegsveteranen, nun auch noch gezeichnet von zehn Jahren Konzentrationslagerhaft, stand in einem eklatanten Gegensatz zu seiner kämpferischen Rhetorik und zu seiner Unermüdlichkeit. Gerade diese Gleichzeitigkeit von verkörpertem Leid und geistiger Unbeugsamkeit verlieh Schumacher in der Wahrnehmung seiner Zeitgenossen wie seiner Biographen eine »unerhörte Glaubwürdigkeit«, eine »Aura der Auserwähltheit«⁴². Wie ein Magnet zog er 1945 sämtliche Splitter der Sozialdemokratie an.

Irregeleiteter Idealismus: Schuldfragen und neue Parteigenossen

Im November 1945 traf im hannoverschen »Büro« der Brief einer Göttinger Ärztin ein. Elinor Hubert dankte Kurt Schumacher dafür, dass er »als erster und einziger« Politiker den Mut aufgebracht habe, »sich gegen die Schuld des ganzen deutschen Volkes an den Taten des Nationalsozialismus zu wenden«. Das Bekenntnis zu einer solchen Gesamtschuld widerspreche nicht nur den Tatsachen, schrieb die 45-Jährige, sondern sei auch »politisch höchst unklug und schädlich für unser deutsches Volk«⁴³. Bei einer Kundgebung in Kiel hatte Schumacher Konservative und Kommunisten gleichermaßen bezichtigt, mit der These von einer deutschen Kollektivschuld zu argumentieren, um ihren eigenen Schuldanteil zu relativieren und ihn auf die »eigentlichen Gegenspieler des Nazismus« auszudehnen. Auch die »Schulderklärung der evangelischen Christen-

41 Vgl. Brandes, Kurt Schumacher, S. 28 ff. Carlo Mierendorff war bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen, die meisten anderen – darunter Theodor Haubach, Julius Leber und Wilhelm Leuschner – waren ermordet worden.

42 Merseburger, Der schwierige Deutsche, S. 204, 227; Faulenbach, Zu Leben und Wirken, S. 33; Brockway, The New Leader, zit. bei Scholz/Oschilewski, Turmwächter, Bd. I, S. 62 f.; Schmid, Erinnerungen, S. 249.

43 Hubert an Schumacher, 10.II.[10.]1945, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 105. Da Hubert sich explizit auf Schumachers Kieler Rede vom 27.10.1945 sowie auf die »Schulderklärung der evangelischen Christenheit Deutschlands« vom 18./19.10.1945 bezog, ist der Brief mit dem 10.10.1945 versehentlich falsch datiert.

heit Deutschlands«, kurz zuvor in Stuttgart unterzeichnet, mochte der Protestant Schumacher nicht mittragen: »Wenn frühere nationalistische Militaristen, die jetzt ein geistliches Gewand tragen, von einer Schuld reden, dann ist das ein Bekenntnis, das begrüßenswert ist, solange sie nur für sich und ihre Kreise reden.«⁴⁴ Die Zurückweisung des Kollektivschuldvorwurfs, verknüpft mit Kritik an den politischen Gegnern und an den Besatzern, entwickelte sich seit dem Spätsommer 1945 zum argumentativen Kern in Schumachers programmatischen Äußerungen⁴⁵.

In offiziellen Verlautbarungen der alliierten Besatzungsmächte war ein solcher Kollektivschuldvorwurf nie erhoben worden. Selbst das vielfach kritisierte Memorandum des längst zurückgetretenen US-Finanzministers Henry J. Morgenthau, der harte Sühnemaßnahmen gefordert und für eine Zerstückelung und Re-Agrarisierung Deutschlands plädiert hatte, sprach nicht von einer Kollektivschuld⁴⁶. Gleichwohl kursierte der Begriff der »collective guilt« im angloamerikanischen Diskursraum, am vehementesten vertreten von den Anhängern des britischen Diplomaten und Außenpolitikers Lord Robert Gilbert Vansittart⁴⁷. Und auch in der britischen Schwesterpartei der SPD wurde über kollektive Schuld und Verantwortung der Deutschen debattiert. Der deutschen Sozialdemokratie warfen Vertreter der Labour Party vor, den Nationalsozialismus unterschätzt und nicht entschieden genug bekämpft zu haben⁴⁸. Dies wollte Kurt Schumacher auf sich und seinen Genossen nicht sitzen lassen: Ausgerechnet diejenigen, die schon gegen das Regime gekämpft hatten, als die »heutigen Siegermächte noch Staatsverträge mit der Hitler-Regierung schlossen«, schrieb er Anfang August 1945 in einem Brief an Hans Vogel in London, »sollen sich schuldig bekennen. Das tun sie unter keinem Gesichtspunkt und unter keinen Umständen!«⁴⁹ Den Kollektivschuldvorwurf betrachtete er als »Ergebnis einer naiven

44 Vgl. Lammersdorf, Verantwortung und Schuld, S. 235; Greschat, Im Zeichen der Schuld, S. 45f. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte sich in Stuttgart mit Repräsentanten des Ökumenischen Weltrates getroffen und in seiner Erklärung von einer »Solidarität der Schuld« gesprochen.

45 Vgl. z. B. die »Politischen Richtlinien« vom August 1945, gedacht als Schulungsmaterial für Funktionäre, sowie die Kieler Rede von Ende Oktober 1945, die unter dem Titel »Was wollen die Sozialdemokraten?« als programmatische Schrift publiziert wurde. Vgl. Schumacher, 25.8.1945, S. 257; ders., Ende Okt. 1945/Jan. 1946, S. 375f.

46 Vgl. Frei, Erfindungskraft, S. 145.

47 Vgl. dazu ausführlich Später, Vansittart.

48 Vgl. Friedmann/Später, Kollektivschuld-Debatte, S. 59ff.

49 Schumacher, 4.8.1945, S. 248.

Zerknirschungspropaganda«, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ignoriere und den Nationalsozialisten ermögliche, sich »hinter dem Rücken ihrer Feinde [zu] verstecken«⁵⁰.

Die sozialdemokratischen Widerstandskämpfer galten Schumacher als personifizierter Beweis für die Unhaltbarkeit der Kollektivschuldthese. Hatte ihr Widerstand auch nicht zum Sturz des NS-Regimes geführt, so war er dennoch nicht umsonst gewesen. Der »Sinn der sozialdemokratischen Opfer in der Illegalität«, so erklärte er in Kiel, hatte darin bestanden, der Welt zu zeigen, »dass nicht alle Deutschen Nazis seien, und dass neben dem Nazi-Deutschland auch noch ein anderes Deutschland« existiert habe. Zwar seien auch die Sozialdemokraten in den Jahren der Weimarer Republik »nicht ohne Fehler und personelle Versager« geblieben, alle anderen Parteien aber hätten »größere und entscheidendere« Fehler gemacht. Allein die SPD habe »an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten«. Schumacher und auch andere prominente SPD-Vertreter reklamierten im Rückblick einen Alleinvertretungsanspruch auf eine glaubwürdige und konstante Widerstandshaltung zum »Dritten Reich«. Daraus leiteten sie eine besondere Legitimation und den politischen Führungsanspruch ihrer Partei ab⁵¹.

Kommunistische Schuldbekennnisse empfanden die Sozialdemokraten gleichwohl als Heuchelei. Das Zentralkomitee der KPD hatte in seinem Gründungsauf Ruf vom Juni 1945 erklärt, im Kampf um eine »antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern« gescheitert zu sein⁵². Dass auch die Kommunisten ihre Opfer im Kampf gegen den Nationalsozialismus gebracht hatten, ließ Schumacher zwar nicht unerwähnt, den angedeuteten Vorwurf mangelnder Kooperationsbereitschaft gab er jedoch zurück⁵³: Wer die Weimarer Demokratie bekämpft und die »Sozialfaschisten« anstelle der Nationalsozialisten zum Hauptfeind erklärt hätte, wer geglaubt habe,

50 Ders., 25.8.1945, S. 279; vgl. auch ders., 4.8.1945, S. 248.

51 Schumacher, Ende Okt. 1945/Jan. 1945, S. 375-382. Franz Neumann bezeichnete die sozialdemokratischen Widerstandskämpfer beim SPD-Parteitag 1946 als »Zeugen gegen die Alleinschuld des deutschen Volkes an den Zuständen in der Welt«. Protokoll SPD-Parteitag 1946, S. 88. »Die einzigen demokratischen und friedliebenden Kräfte in Deutschland, welche ihren Antifaschismus durch den Tod ihrer besten Kämpfer von der ersten Stunde an bewiesen haben«, so befand Fritz Erler Anfang 1946, »gruppierten sich um die Arbeiterbewegung«. Dispositionen zur Ansprache Fritz Erlers bei einer Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus in Biberach, 20.1.1946, AdsD, NL Erler, 34.

52 Zit. bei Schumacher, 25.8.1945, S. 375 f.

53 Vgl. ders., 6.5.1945, S. 216.

dass »in Deutschland erst durch die Herrschaft des Faschismus eine ›objektiv revolutionäre Situation‹ entstehen könne«, sei einer fatalen Fehleinschätzung aufgefressen, so Schumacher. Wer jetzt auch noch in den Chor der Kollektivschuldbehauptungen einstimme, um sich dem großen Bruder in der Sowjetunion anzudienen, ignoriere die Tatsache, dass eine Pauschalverurteilung immer auch eine Pauschalentlastung der tatsächlich Schuldigen bedeutete⁵⁴.

Den Konservativen wiederum warf Schumacher vor, mit dem Attentatsversuch des 20. Juli 1944 »viel zu viel Reklame« zu machen. Die verspätete Reue der Verschwörer aus Militär, Adel und Wirtschaft ändere nichts an der Tatsache, dass sie selbst dem Nationalsozialismus einst in den Sattel geholfen und danach »weder gegen die Hitler-Politik, noch gegen die Konzentrationslager, noch gegen die Judenpogrome, noch gegen die Demoralisierung und Bestialisierung der deutschen Nation, noch gegen die barbarische Kriegsführung protestiert« hätten. Der SPD-Vorsitzende interpretierte das Verhalten der Eliten ganz im Sinne des historischen Materialismus: Die »reaktionäre« Verschwörung gegen Hitler sei nicht aus einem plötzlich erwachten Verantwortungsbewusstsein, sondern aus der Angst vor Status- und Besitzverlusten entstanden⁵⁵. Den »Exmilitaristen« hielt er ebenso wie den Kommunisten vor, nicht nur durch ihr vergangenes Fehlverhalten auf fahrlässige Weise zur Etablierung der Kollektivschuldthese beigetragen zu haben, sondern sich diese These nun auch noch in selbstentlastender Absicht und zwecks Anbiederung an die Besatzer zu eigen gemacht zu haben⁵⁶. Die SPD dagegen, so die Botschaft an die deutsche Bevölkerung, war die einzige politische Kraft, die den Kollektivschuldvorwurf nicht nur per se widerlegt hatte, sondern auch jetzt aktiv zurückwies. Schumacher scherte nicht nur die Gesamtheit der konservativen Eliten über einen Kamm – ohne zwischen Mitverschwörern und Gegnern der »Operation Walküre« zu unterscheiden –, er ging zudem von einem Rückhalt für die Verschwörer aus, der dem tatsächlichen Meinungsbild über die vielfach als »Vaterlandsverrä-

54 Vgl. ders., 25.8.1945, S. 279 f.; ders., Ende Okt. 1945/Jan. 1946, S. 376.

55 Ders., 25.8.1945, S. 274 f.

56 Schon in seiner Rede Anfang Mai hatte Schumacher die »Exmilitaristen« beschuldigt, mit Hilfe der Kollektivschuldthese das gesamte Volk zu Komplizen machen und von ihrer eigenen Verantwortung ablenken zu wollen. Die sozialdemokratischen Gegner und Opfer des Nationalsozialismus »bedanken« sich dafür, »mit den anderen in einen Topf geworfen zu werden«. Schumacher, 6. Mai 1945, S. 215. Vgl. auch ders., Ende Okt. 1945/Jan. 1946, S. 375 f.

ter« diffamierten Widerstandskämpfer nicht entsprach⁵⁷. Dass auch renommierte Sozialdemokraten und Gewerkschafter dem Kreisauer Kreis angehört und in Kontakt zu den Männern des 20. Juli gestanden hatten, dass Männer wie Adolf Reichwein, Julius Leber und Theodor Haubach dafür hingerichtet und viele andere inhaftiert worden waren, ließ er unerwähnt⁵⁸.

Vor den Delegierten der Parteikonferenz in Wennigsen Anfang Oktober 1945 schlug Schumacher derweil ganz andere Töne an: Hier sprach er nicht von ungerechtfertigten Kollektivschuldvorwürfen und den Schuldanteilen bestimmter politischer Akteure und Lager, sondern erörterte die Schuldfrage aus einer strukturgeschichtlichen Perspektive – gleichsam in Anlehnung an die auch von manchen sozialdemokratischen Exilanten vertretene Sonderwegthese⁵⁹. Die »vom Hitlerismus zersetzte Generation« trage nicht die Alleinschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus. In ihren Taten und Überzeugungen spiegele sich vielmehr die Schuld vieler Generationen, akkumuliert im Laufe einer mehr als dreihundertjährigen »Fürsten-, Militär- und Beamten-geschichte«, begründet in den »reaktionären militaristischen und imperialistischen Konsequenzen« einer verspäteten nationalen Einheit – »ein schon lange vorhandenes Weltbild«, das erst vom Nationalsozialismus »bis zur letzten Konsequenz entwickelt und pervertiert worden« sei. Dass nun, nach dem Untergang des »Dritten Reiches«, niemand mitgemacht haben wolle, sei die Folge nationalsozialistischer Erziehung und einer Demoralisierung des Volkes. Hoffnungsfroh stimmte ihn allein die Existenz derer, die standhaft geblieben waren: »Wenn überhaupt noch etwas wunderbar in Deutschland ist, dann ist es die Tatsache, dass es nach zwölf Jahren Nazismus noch so viele anständige und gutwillige Menschen gibt.«⁶⁰

Wie über die Mitschuld zahlreicher Deutscher machte sich Kurt Schumacher auch keine Illusionen über ihre Bereitschaft, diese einzugestehen und sich den materiellen wie moralischen Konsequenzen zu stellen. Das allenthalben spürbare Bedürfnis nach Schuldabwehr und Selbstentlastung verachtete er. Zugleich sah er sich und seine Mitstreiter im Kampf gegen den Nationalsozialismus einem latenten Misstrauen ausgesetzt, das die Akzeptanz des sozialdemokratischen Führungsanspruchs gefährdete. Aus dieser Gemengelage von nüchterner Einsicht in

57 Vgl. Frei, *Erinnerungskampf*, S. 133 f.

58 Vgl. Wolgast, *Die Wahrnehmung des Dritten Reiches*, S. 124.

59 So z.B. von dem 1933 nach Prag und später nach London emigrierten Sozialdemokraten und Journalisten Bernhard Menne.

60 Schumacher, 5./6.10.1945, S. 314 f.

die Bedürfnisse der einstigen »Volksgenossen« einerseits und der Furcht vor fehlender Anerkennung des geleisteten Widerstands andererseits ist zu erklären, warum Schumacher sich öffentlich zum Sprecher einer Kollektivschuldabwehr machte, deren Vehemenz in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Stellenwert jener These in der internationalen Diskussion über die Schuldfrage stand. Was Schumacher den Besatzern und seinen politischen Gegnern vorwarf – die Instrumentalisierung eines ungerechtfertigten Kollektivschuldvorwurfs –, machte er sich in dessen Abwehr selbst zunutze. So entstand ein um die Schimäre der Kollektivschuld kreisender Diskurs, in dem es kaum um vergangene Schuld ging, sondern vor allem um Profilierung in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart.

Schumacher leitete den Führungsanspruch der SPD zu einem großen Teil aus den Versäumnissen der politischen Gegner ab. Der übergeordnete politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Konservative und Kommunisten fand dabei seine Entsprechung in der Diskreditierung der ihnen verbundenen Widerstandskreise. Vor der Negativfolie der Mitschuld anderer politischer Kräfte am Untergang Weimars und am Aufstieg Hitlers sollte die Sozialdemokratie als einzig glaubwürdige Partei erscheinen, die dem Nationalsozialismus nicht nur geschlossen widerstanden, sondern ihn auch als Idee erfolgreich überlebt hatte. Wenn es um die Gewinnung neuer Wähler ging, war dieser Alleinvertretungsanspruch nicht eben überzeugend – und dies nicht etwa, weil in Wirklichkeit nur eine Minderheit der »alten« Sozialdemokratie den Weg in die aktive Opposition gegen Hitler gewählt hatte, sondern weil dieser Widerstand vielfach als »Vaterlandsverrat« abgelehnt oder als unerwünschte Erinnerung an die eigene Passivität wahrgenommen wurde. Schumachers Annahme, die politischen Gegner auf der Rechten würden ausgerechnet den gescheiterten Attentatsversuch des 20. Juli in Verbindung mit Kollektivschuldvorwürfen zum Argument im Kampf um alte und neue Anhänger machen, war entweder eine völlige Fehleinschätzung oder Ausdruck des Bemühens, die Bedeutung des Widerstands für die politische Auseinandersetzung der Gegenwart zu erhöhen. Positiv vermittelbar war der sozialdemokratische Widerstand nur durch seine implizite Negation der Kollektivschuldthese – und durch den expliziten Anspruch, diesen Kollektivschuldvorwurf als einzige Partei auch in der Gegenwart zu bekämpfen. Die pauschale Anklage, wonach alle anderen politischen Kräfte sich die Kollektivschuldthese zwecks Selbstentlastung zu eigen machten, bildete eine weitere Negativfolie, von der sich die SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit abzuheben versuchte. Ob

diese Strategie der Selbstlegitimation durch negative Abgrenzung langfristig erfolgreich sein würde, war noch keineswegs abzusehen. Dass aber ausgerechnet ein Gegner und Verfolger des Nationalsozialismus so vehement gegen den Vorwurf einer Kollektivschuld anredete, verlieh der verbreiteten Abwehrhaltung die erwünschte Legitimität und kam den Bedürfnissen vieler Deutscher nach einem unbelasteten Neuanfang zweifellos entgegen. Elinor Hubert jedenfalls, die sich so begeistert über Schumachers Kieler Rede geäußert hatte, trat noch 1945 der SPD bei⁶¹.

Auch Wilhelm Ingensand interessierte sich im Herbst 1945 für eine Mitgliedschaft in der SPD – und dies nicht zum ersten Mal, war er doch in den zwanziger Jahren schon einmal über die »Religiösen Sozialisten« um den Theologen Paul Tillich zur Sozialdemokratie gestoßen. Von Kurt Schumacher erhoffte sich der arbeitslose Vater von fünf Kindern nun Unterstützung bei seiner »Befreiung aus einer recht quälenden Situation« und grünes Licht für eine erneute Aufnahme in die SPD⁶². Dass die Hamelner Sozialdemokraten ihm bislang die kalte Schulter zeigten, nur weil er von 1937 bis 1941 der NSDAP angehört hatte, verstand Ingensand nicht. Warum er sich einst zu diesem Schritt entschlossen hatte – vielleicht »weil hier und da ein feiner Kerl und kluger Kopf in der NSDAP zu Worte kam und so Hoffnungen erweckte« –, wusste er selbst nicht mehr genau zu sagen, aber ganz gewiss habe er »nie den Sozialismus verraten«. Viele Menschen, die sich »durchaus ehrenvoll und guten Glaubens« dem Nationalsozialismus zugewandt hätten, seien doch nichts weiter als »arme Betrogene«. Diese Leute nun für ihren Irrtum zu bestrafen, hielt Ingensand für ungerecht. Gleich ihm hofften jetzt Tausende auf die Chance, »seinerzeit Abgebrochenes wieder zu heilen und zu verknüpfen« – keine »Renegaten und Konjunkturritter«, versicherte er Schumacher, sondern Menschen, »denen das dumme Geschwätz von der ›Schuld‹, so wie man's heute hört und wie Sie ihm namens der KZ-Häftlinge entgegengetreten sind, zuwider ist«. Wenn die SPD den Mittelstand für sich gewinnen wolle, dann müsse sie »möglichst schon jetzt auch den Verführten die Hand reichen«.

Wie die Partei es mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern halten sollte, darüber wurde im »Büro« längst nachgedacht – und zwar anders als noch einige Monate zuvor. Im Mai hatte Schumacher in seiner Rede vor Funktionären eindringlich vor der Gefahr eines Einsickerns ehemaliger

61 Vgl. Hubert an Schumacher, 10.11.1945, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 105.

62 Hier und im Folgenden Ingensand an Schumacher, 6.11.1945, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 105.

»Pgs« in die demokratischen Parteien gewarnt; im Juli schrieb er seinem Stuttgarter Parteifreund Otto Steinmayer, er stelle sich die SPD der Zukunft als eine »Massenpartei der vertrauenswürdigen unbelasteten Aufbauwürdigen« vor⁶³. In seinem öffentlichen »Aufruf« einige Wochen später hieß es, die Sozialdemokraten würden auch diejenigen nicht abweisen, die »aus Angst und Ahnungslosigkeit ihren Teil zu dem großen Unglück beigetragen haben«⁶⁴. Was hier bereits angedeutet wurde, machte Schumacher in den »politischen Richtlinien« vom August 1945 explizit: Die SPD sei wie jede andere Partei darauf angewiesen, die »führerlos gewordenen Massen« für sich zu gewinnen, und könne daher auch die Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder auf Dauer nicht kategorisch ausschließen. Sobald die Parteiorganisation wieder über ein stabiles Fundament verfüge, sollte all denjenigen ehemaligen »Pgs« der Beitritt zur SPD ermöglicht werden, die entweder nachweisen konnten, nur unter Zwang in die NSDAP eingetreten zu sein, oder die sich aus Idealismus dem Nationalsozialismus zugewandt hatten, dies aber nun als Irrtum betrachteten und sich zu ihrer Mitschuld bekannten. Unbedingt abzulehnen sei hingegen die Aufnahme »Belasteter« – eine Kategorie, die Schumacher nicht genauer definierte. Alle fragwürdigen Fälle sollten nach seinem Willen von lokalen Sonderausschüssen geprüft und der Partei zur Entscheidung vorgelegt werden⁶⁵. Bei der großen Parteikonferenz in Wennigsen mochte Schumacher im Oktober dann nur mehr zwischen zwei Kategorien ehemaliger Nationalsozialisten unterscheiden: Die »kriminellen Naziverbrecher« müssten »bis zur Vernichtung verfolgt«, den »anderen« hingegen müsse geholfen werden⁶⁶.

Ende 1945 existierten zwar noch keine einheitlichen und verbindlichen Vorgaben für die Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die inzwischen offiziell wiedergegründete SPD, aber in Hannover hatte man sich bereits auf eine Sprachregelung geeinigt. Die Antwortschreiben des »Büros« auf Anfragen ehemaliger »Pgs« folgten stets dem gleichen Argumentationsmuster: Zunächst brachte man dem Interessenten einfühlendes Verständnis entgegen und versicherte ihm, dass die führenden Sozialdemokraten »sehr wohl wissen, wie wenig eine schematische »Entnazifizierung« dem Problem der moralischen Bereinigung des Deutschen Volkes gerecht« werde und wie schwierig es sei, zwischen »Nazi und

63 Schumacher, 2.7.1945, hier S. 240.

64 Vgl. ders., Mitte August 1945, S. 253.

65 Ders., 25.8.1945, S. 284 ff. Diese Kategorisierung hatte Schumacher bereits Anfang Juli in seinem Brief an Steinmayer aufgemacht. Vgl. ders., 2.7.1945, S. 239.

66 Ders., 5./6.10.1945, S. 315.

Nichtnazi« zu unterscheiden⁶⁷. Darauf folgte stets die Einschränkung, dass es immer auch eine »stichhaltige Erwiderung« gegen die vielfältigen Begründungen für eine nominelle Parteimitgliedschaft gebe und jeder die Möglichkeit gehabt hätte, »sich der Mitgliedschaft zu entziehen«. Wenngleich klar sei, dass viele Menschen »aus einem falsch verstandenen Idealismus« zur NSDAP gegangen seien, so könne diese Entschuldigung doch »nur für ganz junge Menschen gelten«. Erst nach der offiziellen Zulassung der Partei und nach dem Aufbau eines unbelasteten Funktionärskörpers werde man auch denjenigen älteren »Pgs«, die »unter einem für sie unwiderstehlichen Zwang« eingetreten seien, die Möglichkeit zum Eintritt in die SPD und zur aktiven Mitarbeit eröffnen. »Völlig ausgeschlossen« von einer Aufnahme in die SPD müssten selbstverständlich diejenigen bleiben, »die durch mehr als bloße Mitgliedschaft an dem Naziverbrechen beteiligt gewesen« seien, belehrte das »Büro« einen Aspiranten aus Celle – um gleich im nächsten und letzten Satz zu signalisieren, dass man auch diese Tür nicht ganz zuschlagen mochte: Die SPD werde »schließlich jeden, der den ernsten Willen hat, in unseren Reihen mitzuarbeiten, bei uns willkommen heißen«.

In Vertretung Schumachers unterzeichnet wurden diese Antwortschreiben von Herbert Kriedemann, einem seiner ersten und engsten Mitarbeiter nach Kriegsende. Der gebürtige Berliner war im September 1945 zum zweiten Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hannover gewählt worden und arbeitete seitdem auch für das »Büro Dr. Schumacher«. Als ehemaliger Bildungsreferent beim SPD-Parteivorstand war er 1934 nach Prag geflohen, aber wenig später von der dortigen Sopade-Leitung in die Niederlande geschickt worden. Deren bereits schwelendes Misstrauen gegen Kriedemann hatte schon bald neue Nahrung bekommen: Nachdem 1938 mehrere sozialdemokratische Grenzsekretäre verhaftet und ermordet worden waren und Kriedemann einem Genossen von seinen Kontakten zu einem deutschen Kriminalkommissar erzählt hatte, war dem Vorstand der Exil-SPD klargeworden, dass ihr Mitarbeiter als Informant für die Gestapo tätig war. Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande war Kriedemann dann zwar verhaftet, aber nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Bis Kriegsende hatte er weitgehend unbehelligt seinem Beruf als Agrarökonom nachgehen können⁶⁸.

67 Exemplarisch hier und im Folgenden Kriedemann i. V. von Schumacher an Ingensand, 14.11.1945; ders. an Eggers, 14.11.1945; ders. an Heyer, 16.3.1946, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 105.

68 Zu Kriedemann vgl. ausführlich Appelius, Heine, S. 63-66, 101-105, 470-473. Die Gestapo sorgte dafür, dass Kriedemann auch nach einer erneuten Verurtei-

Schumacher, der ein Jahrzehnt lang von fast allen Kanälen abgeschnitten gewesen war, über die ihm Informationen über Kriedemanns fragwürdige Rolle in den Niederlanden hätten zugetragen werden können, hatte ihn guten Gewissens eingestellt und schnell als zuverlässigen Kollegen schätzen gelernt. Als Fritz Heine und Erich Ollenhauer im Oktober 1945 erstmals aus London nach Hannover kamen, waren sie überrascht, in der neuen Schaltzentrale der Partei auf ihren abtrünnigen Mitarbeiter zu treffen, und sprachen Schumacher auf die Personalie an⁶⁹. Eine Kommission des Parteivorstands untersuchte den Fall, kam aber zu keinem Ergebnis, das Kriedemanns politische Karriere hätte gefährden können⁷⁰. Egon Franke, der in den beiden letzten Kriegsjahren im Strafbataillon 999 gedient hatte und nach seiner Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft ebenfalls zu den Männern der ersten Stunde in der hannoverschen SPD zählte, hielt weitere Nachforschungen für unnötig und plädierte dafür, sich »im vollen Vertrauen« auf die Beteuerungen Kriedemanns zu verlassen, der sämtliche Vorwürfe zurückwies⁷¹.

»Aber wir müssen doch mit dem Wasser kochen, das wir haben«, befand auch Kriedemann – und meinte damit nicht sich selbst, sondern einen »märzgefallenen« Sozialdemokraten. Die Genossen in Kiel hatten sich im Frühjahr 1946 nach der Rehabilitierung eines Fritz Tiedemann erkundigt, der – 1933 in die NSDAP eingetreten – nun eine Stelle bei der schleswig-holsteinischen Agrarverwaltung antreten sollte. Tie-

lung im Jahr 1942 seine Haftstrafe nicht antreten musste. Vgl. Stefan Appelius, »Bevorzugte Behandlung« von der Gestapo garantiert?, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 5.4.1993.

69 Auskunft von Dr. Bernd Rother, 13.3.2012; vgl. auch Appelius, Heine, S. 472.

70 Vgl. ebenda sowie Appelius, »Bevorzugte Behandlung«. Herbert Kriedemann (1903-1977) wurde 1946 in den SPD-Parteivorstand gewählt, war im ersten niedersächsischen Landtag, im Zonenbeirat sowie im Wirtschaftsrat der Bizonen vertreten. Von 1949 bis 1972 gehörte er dem Bundestag an, von 1961 bis 1973 auch dem Europäischen Parlament. Nachdem die KPD seit 1946 die Gestapo-Tätigkeit des Sozialdemokraten öffentlich angeprangert und Kriedemann daraufhin den stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Kurt Müller wegen Beleidigung verklagt hatte, kam es 1949 zu einem Prozess vor dem Amtsgericht Hannover. Das Gericht bestätigte zwar den Verdacht, dass Kriedemann Parteifreunde verraten hatte, fand aber keine Belege für seine bezahlte Informantentätigkeit. Ein Dokument vom Februar 1937 belegt jedoch, dass Kriedemann seit September 1936 unter dem Decknamen »S 9, Walter« für die Gestapo gearbeitet hatte und »von Fall zu Fall bezahlt« worden war. Vgl. dazu ausführlich Grundmann, *V-Leute*, S. 178-199.

71 Vgl. Appelius, Heine, S. 472.

demann hielt sich bereits für offiziell rehabilitiert, hatte ihn doch der SPD-Bezirksvorstand in Hannover schon Anfang des Jahres wieder in die Partei aufgenommen. Kriedemann konnte sich nicht entsinnen, ob die NSDAP-Vergangenheit des Kandidaten damals zur Sprache gekommen war – aber das spielte aus seiner Sicht auch keine Rolle: »Wenn die Zahl der uns zur Verfügung stehenden Leute größer wäre, könnte man vielleicht einen strengeren Maßstab anlegen«, angesichts der angespannten Personalsituation sollte man aber »aus dem Kreis der Belasteten diejenigen in erster Linie berücksichtigen, die früher, als die Zeiten normal waren, zu uns gehört haben«. Zweifel an seiner eigenen Integrität ließ Kriedemann erst recht nicht aufkommen, zählte er sich doch zu den »Alten«, die »keine Konzessionen gemacht« hatten. Dem besorgten Genossen Jürgensen in Kiel riet er großmütig, »über die Umgefallenen unter uns nicht viel Worte zu machen«, auch wenn deren »Gründe« die Aufrechten in der Partei »nie ganz überzeugen« würden. Entscheidend sei doch – und dabei sprach Kriedemann wohl aus eigener Erfahrung –, diese Leute im Auge zu behalten und ihnen klarzumachen, »wie sehr es für sie darauf ankommt, sich nunmehr zu bewähren«, da sie nicht etwa als Unschuldige, sondern wohl eher »wegen Mangels an Beweisen« freigesprochen worden seien⁷². Abseits der Frage, wo genau das Bedürfnis nach klaren Verhältnissen mit der Notwendigkeit einer funktionierenden Parteiorganisation kollidierte – offensichtlich schon in den vier Wänden des »Büros« –, schien die reine NSDAP-Zugehörigkeit jedenfalls nicht nur ein untaugliches, sondern auch ein hinderliches Ausschlusskriterium zu sein, wenn es darum ging, neue Mitglieder anzuwerben.

Willy Brandt war nach seiner ersten Reise aus dem skandinavischen Exil in das zerstörte Deutschland Anfang 1946 der Auffassung, dass es bei der »Pg-Frage« nicht mehr um das grundsätzliche »ob überhaupt«, sondern nur noch darum gehen konnte, wie schnell und zu welchen Bedingungen ehemalige NSDAP-Mitglieder Zugang zur SPD erhalten sollten – denn Deutschland könne »nicht mit fünf bis sechs Millionen erwachsener Menschen in Dauerquarantäne leben«⁷³. So überzeugt er davon war, dass eine Zusammenarbeit mit einstigen Anhängern des Regimes langfristig unausweichlich war, so skeptisch blickte Brandt in die Zukunft. Neben geschätzten 10 Prozent ehemaliger NSDAP-Funktionäre rechnete er mit einem Anteil von zusätzlichen 20 bis 30 Prozent der

72 Kriedemann an Jürgensen, 1.4.1946, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 86.

73 Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 181.

Gesamtbevölkerung, die eine »latente Gefahr« für die neu entstehende Demokratie darstellen könnten. Hinreichendes Kriterium für eine Entlastung könne jedenfalls nicht sein, »keinem Vergasungskommando angehört oder einem bestimmten Juden den einen oder anderen Dienst erwiesen zu haben«. Wer schon durch seine Mitgliedschaft in der NSDAP einen indirekten Beitrag zu den Verbrechen geleistet habe, müsse auch »einen Teil der Konsequenzen auf sich nehmen« und dürfe nicht erwarten, »sofort akzeptiert zu werden«.

Spätestens im Winter 1945/46 wurde klar, dass die lokalen Parteiorganisationen auf eine offizielle Richtlinie angewiesen waren, um möglichst ohne Rücksprache mit übergeordneten Parteiinstanzen über einzelne Aufnahmeanträge entscheiden zu können. Hans Reifferscheidt, Sozialdemokrat in Köln, forderte im Dezember 1945, die SPD müsse nun zu einer abschließenden Stellungnahme finden und jedem ehemaligen Pg, »soweit er persönlich unbelastet ist und lediglich die Kollektivschuld der Pg zu tragen hat«, die Rückkehr in das »politische Gemeinschaftsleben des deutschen Volkes« ermöglichen. Nur wer den einstigen NSDAP-Mitgliedern Entgegenkommen signalisiere, könne auch von ihnen die Bereitschaft zum Umdenken erwarten. Die Frage nach der weltanschaulichen Wandlungsfähigkeit der Deutschen beantwortete Reifferscheidt pragmatischer als Brandt. Es handele sich nicht darum, »ob Pg in unsere Partei aufgenommen werden können«, schrieb er an Herbert Kriedemann, »sondern darum, dass sich Millionen Menschen moralisch innerlich so frei fühlen, sich zu einer neuen politischen Auffassung zu bekennen«⁷⁴. Nicht mehr die Vergangenheit eines möglichen Neumitglieds, sondern seine gegenwärtige Weltsicht sollte über seine Eignung als Sozialdemokrat entscheiden; nicht die rückblickende Selbstreflexion ehemaliger »Pgs« war gefordert, sondern ein deutliches Signal nachsichtigen und entlastenden Entgegenkommens vonseiten der SPD.

Bei aller großzügigen Integrationsbereitschaft vergaß Herbert Kriedemann in seinen Antwortschreiben an Beitrittskandidaten mit NS-Vergangenheit bald nicht mehr zu erwähnen, dass die SPD sich bei der Beurteilung von Aufnahmeanträgen »nicht nur von taktischen Erwägungen leiten« lasse – etwa von der Konkurrenz durch andere Parteien, die möglicherweise »weniger wählerisch« seien. Schließlich müssten die Sozialdemokraten sich »in ihrem inneren Zusammenhang doch auf einer höheren Stufe halten als die Wahlmaschinerien und Interessen-

74 Reifferscheidt an Kriedemann, 27.12.1945, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 126.

vereinigungen« des bürgerlichen Lagers⁷⁵. An deren »Wettkampf um die ehemaligen »Pgs« werde sich die SPD jedenfalls nicht beteiligen⁷⁶.

Im Frühjahr 1946 informierte der Parteivorstand die Bezirke schließlich über vorläufige Richtlinien, die bei der Entscheidung über Aufnahmeanträge zu beachten seien. Damit »den nur formal belasteten Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden« könne, »begangene Fehler gutzumachen und Versäumtes nachzuholen«, sollte eine Aufnahme in die SPD nur dann erfolgen, wenn mindestens zwei »einwandfreie sozialdemokratische Bürger« den Kandidaten unterstützten und der zuständige Ortsverein dem Beitritt zustimmte⁷⁷. Beim ersten Nachkriegsparteitag der SPD im Juni 1946 in Hannover wurde diese Regelung mit einer Ergänzung in das zu verabschiedende Parteistatut aufgenommen: Bei den zwei erforderlichen Fürsprechern des Eintrittswilligen sollte es sich danach um Sozialdemokraten handeln, die ihrerseits »nicht Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen« gewesen sein durften⁷⁸.

Ein potenziell breiter Bewertungs- und Entscheidungsspielraum aufseiten der sozialdemokratischen Bürger traf hier auf eine grundsätzlich schwierige Beweislage hinsichtlich des »Schuldkontos« eines ehemals nationalsozialistischen Beitrittskandidaten. Nicht nur vor dem Hintergrund des akuten Bedarfs an haupt- und ehrenamtlichen Parteiarbeitern für den Wiederaufbau einer schlagkräftigen Organisation, sondern erst recht in Anbetracht der Tatsache, dass es gerade in kleinen Gemeinden und Städten nun darum gehen musste, den sozialen Frieden zum Zweck konstruktiver Wiederaufbauarbeit aus ganz pragmatischen Gründen wiederherzustellen – oder gar nicht erst zu zerstören –, war der rasche Zustrom zahlreicher ehemaliger NSDAP-Anhänger in die SPD nicht nur unvermeidlich, sondern sogar vorgesehen und erwünscht. Die Alternative, ein fein kategorisiertes Bewertungssystem, verbunden mit einer genauen Vergangenheitsprüfung eines Aspiranten, hätte nicht nur ein bürokratisches Mammutunternehmen nach sich gezogen, sondern dem Projekt eines erfolgreichen Neuanfangs der SPD geschadet, indem es zahlreichen Deutschen den Weg in die Partei versperrt oder von vornherein vergällt hätte. Zudem hätte sich die SPD mit einem solchen Prozedere nur in die Nähe der offiziellen Entnazifizierungsmaßnahmen der

75 Kriedemann an Heyer, 16.3.1946, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 98.

76 Kriedemann i. V. von Schumacher an Karff, 16.5.1946, ebenda, 86.

77 Kriedemann an Heyer, 16.3.1946, ebenda, 98.

78 Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1946, S. 164. Das Parteistatut ist komplett abgedruckt in: Protokoll SPD-Parteitag 1947, S. 3-9.

Alliierten gerückt – und diese waren bei der Mehrheit der Bevölkerung ausgesprochen unpopulär.

Die Briefe Herbert Kriedemanns spiegeln jene vorsichtig austarierte Mischung von Misstrauen und Versöhnungsbereitschaft, von Belehrungsbedürfnis und Empathie wider, die den Umgang der frühen Nachkriegs-SPD mit einer Gesellschaft prägte, deren Herrschaftssystem zusammengebrochen und deren Weltanschauung diskreditiert war, deren Menschen aber immer noch da waren. Das Wissen um Kriedemanns persönliche NS-Vergangenheit und erst recht die Tatsache, dass das »Büro« seine Integrität allen Ahnungen und Gerüchten zum Trotz nicht mehr in Frage stellte, wirft ein zusätzliches Licht auf dieses Verhaltensmuster, das im Rückblick doppelbödig erscheinen mag, mit dem in der Wahrnehmung der Zeitgenossen aber konsequent und unbeirrt das Ziel eines unbelasteten Neuanfangs verfolgt wurde. Folge dieser Prioritätensetzung war, dass die nach Parteistatut geforderten Leumundszeugnisse für beitriftswillige Interessenten zunehmend bedenkenlos und beliebig ausgestellt wurden. Die Notwendigkeit, neue Mitstreiter für die Partei zu gewinnen, hatte aus Sicht der Bürger meist größeres Gewicht als die nicht ganz lupenreine Weste eines Aspiranten. Dass der Weg in SPD-Parteiämter für ehemalige Nationalsozialisten, zumindest in ländlichen Gegenden und auf lokaler Ebene, nicht sonderlich steinig war, zeigt ein Brief, der den Parteivorsitzenden im Februar 1948 aus der unterfränkischen Provinz erreichte. Innerhalb der bayerischen SPD müsse eine »Bereinigung« stattfinden, forderte ein Genosse aus Aschaffenburg. Dass die dortige SPD »in ihren Reihen eine Menge Naziz [sic!] aufgenommen« habe, sei grundsätzlich noch kein Problem, aber es könne nicht angehen, »dass diese Leute Führerstellen in der SPD einnehmen«, wie ihm von »zahllosen Fällen« bekannt sei. Von seiner Parteiführung erwartete er »eine klare Linie« und mehr Bedacht bei der Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die SPD: »Gewiss wir wollen unsere Weltanschauung durchsetzen und bedürfen dazu die [sic!] Stimmen der Bevölkerung, aber nicht unter allen Umständen.«⁷⁹

Die Chance zu einem Neuanfang verdienten nach dem Willen Kurt Schumachers vor allem junge Menschen, die nie etwas anderes kennengelernt hatten als den Nationalsozialismus. Besonders »großherzig und weitherzig« wünschte er sich den Umgang seiner Partei mit einer Jugend, die nach Krieg und Niederlage »resigniert und mutlos« vor dem mate-

79 Dawidowski an Schumacher, 22.2.1948, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 73.

riellen und ideellen Nichts stand⁸⁰. Für viele Sozialdemokraten war das Projekt einer demokratischen Umerziehung der jungen Generation in den ersten Nachkriegsjahren eine Herzensangelegenheit, für die Parteiorganisation war die Gewinnung der Jugend eine Überlebensnotwendigkeit. Nach zwölf Jahren NS-Herrschaft war das potenzielle Personal der wiedergegründeten SPD nicht nur stark dezimiert, sondern auch überaltert. Die größten Verluste, ob durch Verfolgung oder durch Kriegseinsatz, verzeichneten die Jahrgänge zwischen 1900 und 1920, sodass ausgerechnet an Sozialdemokraten im Alter zwischen 25 und 45 Jahren ein eklatanter Mangel herrschte. Das bröckelnde Fundament des SPD-Funktionärskörpers bildeten nun Männer und Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren, vielerorts sogar darüber; etwa die Hälfte bis drei Viertel aller Parteimitglieder waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit älter als 50 und hatten schon in der Weimarer Republik dazugehört⁸¹. Bei der ersten SPD-Versammlung im Bezirk Franken, so Willy Brandt in seinem »Bericht aus Deutschland«, lag das Durchschnittsalter der Teilnehmer bei gut 60 Jahren. Der örtliche Bürgermeister, 1932 wegen Krankheit und hohen Alters zurückgetreten, war nun wieder im Amt; als Versammlungsleiter fungierte ein über 80-jähriger »Gewerkschaftsveteran«. Die Mehrzahl der Anwesenden – Männer um die 50 – schien durch die oft jahrelange Haft vorzeitig gealtert⁸².

Bei den unter 25-Jährigen gestaltete sich die Lage aus Sicht der SPD zusätzlich kompliziert: In dieser Altersgruppe klappte nicht nur wegen der vielen (spät) Gefallenen und Kriegsgefangenen eine zahlenmäßige Lücke, hier waren vor allem zwölf versäumte Jahre an Nachwuchsarbeit zu verzeichnen. Selbst wer noch in das sozialdemokratische Milieu der Weimarer Republik hineingeboren worden war, hatte seine politische Sozialisation vorwiegend in Jungvolk, Hitlerjugend und BDM erfahren, war zum Arbeitsdienst und an die Front einberufen worden. Das Kriegsende hatte für viele Jugendliche und junge Erwachsene den Zerfall ihres gesamten politischen Koordinatensystems bedeutet, oft begleitet von einem sozialen und materiellen Zusammenbruch. Sich in dieser Situation gleich wieder parteipolitisch zu engagieren war nur für die wenigsten Angehörigen dieser Generation eine verlockende Option. Abseits aller ideologischen Bedenken

80 Schumacher, 25. August 1945, S. 285. Vgl. auch ders., Der Weg der Jugend zur Sozialdemokratie, in: Scholz/Oschilewski, Bd. II, S. 333-337; Schumacher, 5./6.10.1945, S. 315.

81 Vgl. Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 172f.; Grebing, Probleme einer Neubestimmung, S. 57; Woller, Gesellschaft und Politik, S. 175.

82 Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 255.

und lebenspraktischen Hindernisse hielt sich die Anziehungskraft einer rekonstituierten Partei wie der SPD auf junge Leute nicht zuletzt schon wegen des hohen Altersdurchschnitts ihrer Funktionäre in Grenzen⁸³.

Umgekehrt musste auch die Partei erst einmal Vorbehalte gegenüber der Jugend abbauen. Kurt Schumacher hatte in seiner Rede kurz vor Kriegsende vor dem Fanatismus vieler junger Deutscher gewarnt, die »auf Bosheit und Verbrechen dressiert«, im »Wahn ihres besonderen Wertes« befangen und »unfähig zu jeder produktiven Arbeit« seien⁸⁴. Und auch Willy Brandt beobachtete während seiner Reise durch Deutschland »höchst bedenkliche Dinge«: Viele Jugendliche »stehlen und streunen umher. Sie trinken, wenn sie etwas zu trinken bekommen können, und geschlechtliche Ausschweifungen sind keine Seltenheit«⁸⁵. Dennoch: Um diese desorientierten jungen Leute für die Demokratie zu begeistern, wollte man auf sie zugehen, statt sie zu bekämpfen⁸⁶. Im Sinne einer effektiven Aufklärungs- und Rekrutierungsarbeit dürfe die Partei nicht zur Jugend sprechen, »als bestünde sie nur aus Banditen und hoffnungslosen Nazi-Terroristen«. Im Gespräch mit den Jugendlichen sollte »weniger von abstrakter Demokratie« die Rede sein, sondern vielmehr »von den grundlegenden menschlichen Werten, Rechten und Pflichten, von Anständigkeit, Sauberkeit, Wahrheit und Rechtschaffenheit«⁸⁷. Brandt ging es in seinem Plädoyer für den »Kampf um die deutsche Jugend« nicht nur darum, die Überstände nationalsozialistischer Sozialisation zu beseitigen⁸⁸. Er hoffte auch auf eine grundsätzliche Revision der überkommenen Erziehungsideale des Nationalismus und Militarismus: »Das Ziel muss eine kulturelle Erneuerung im Geiste der Freiheit, der Toleranz und des Humanismus sein.«⁸⁹

Dass es ausgerechnet die ehemaligen HJ-Funktionäre waren, um deren Gunst und Wandlung sich einige Sozialdemokraten mit besonderem Eifer bemühten, mag auf den ersten Blick erstaunen. Im Sommer 1945 hatte Kurt Schumacher noch erklärt, dass die SPD keine jungen Leute aufnehmen könne, die eine »gehobene Funktion in der Nazibewegung« eingenommen hatten. Auf lokaler Ebene stießen Parteimitglieder aber bald schon Projekte an, die gerade bei den ehemaligen HJ- und

83 Vgl. Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 170.

84 Schumacher, 6.5.1945, S. 228.

85 Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 193.

86 Vgl. ebenda, S. 193 f., 201.

87 Ebenda, S. 201.

88 Ebenda, S. 191.

89 Ebenda, S. 320.

BDM-Funktionären ansetzten, um diese für die SPD zu gewinnen. Im westfälischen Kamen traf sich seit Spätsommer 1945 auf Initiative eines Sozialdemokraten ein Kreis ehemaliger Jungvolk- und HJ-Führer⁹⁰. Der 40-jährige Alfred Gleisner, nach sechs Jahren Fronteinsatz zurück in seiner Heimatstadt, hatte die örtliche Kartei der NS-Jugendorganisationen in seinen Besitz bekommen und kurzerhand sämtliche Mitglieder zu einem »politischen Ausspracheabend« ins Hotel Bergheim eingeladen, das bald zu einem regelmäßigen Treffpunkt und Namensgeber des »Bergheimer Kreises« wurde. In Bayern suchte Waldemar von Knoeringen, im gleichen Alter wie Gleisner, seit seiner Rückkehr nach Deutschland den Kontakt zu jungen Leuten und verspürte bei einer »Eliteschicht der deutschen Jugend« einen ausgeprägten Drang zu freiheitlich-demokratischem Denken, und dies gerade bei ehemaligen Hitlerjungen: »Es ist ein Erlebnis, mit diesen Jungens zusammenzuarbeiten«, schrieb er im Frühjahr 1946 an seinen Freund Karl Frank in die USA⁹¹.

Auch Fritz Erler traf sich im Anschluss an Parteiversammlungen in Württemberg zu Gesprächen mit vormaligen HJ-Angehörigen. Im »irregeleiteten Idealismus« dieser Jugendlichen erblickte er den Schlüssel zu ihrer Entlastung und Neuorientierung. »Es sind diejenigen, die nicht kalt und nicht warm sind, die der Herr ausspeit aus seinem Munde«, schrieb er in Anlehnung an ein Zitat aus der Offenbarung des Johannes in seiner Programmschrift »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe«⁹². Die »anständigen Idealisten unter der nationalsozialistischen Jugend«, die sich »im ehrlichen Glauben an die Sache« in der Hitlerjugend engagiert hatten, waren ihm lieber als die gleichgültig-passiven Mitläufer. Er bewunderte Menschen, die sich politisch engagierten, aus tiefer Überzeugung handelten und ihr treu blieben; die Passivität und Leidenschaftslosigkeit der Mitläufer und Opportunisten dagegen verachtete er⁹³. Seine von weltanschaulichen Prinzipien losgelöste Hochachtung vor »Überzeugungstättern« ging so weit, dass er zwischen seinen riskanten Widerstandsaktivitäten in der Gruppe Neu Beginnen und dem bedingungslosen Einsatz Gleichaltriger für den Nationalsozialismus Parallelen zog⁹⁴. Und nicht

90 Vgl. hier und im Folgenden Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 194f.

91 Knoeringen an Frank, 3.3.1946, IfZ-Archiv, NL Frank, ED 213/31, zit. bei Grebing/Süß, Waldemar von Knoeringen, S. 22.

92 Zit. bei Soell, Fritz Erler, Bd. I, S. 106. Im Original lauter das Zitat: »Weil du aber lau bist, weder heiß noch kalt, will ich dich aus meinem Mund ausspeien«, Offenbarung des Johannes, 3,16, Brief an die Gemeinde in Laodicea.

93 Vgl. Erler an Birle, 5.3.1951, AdsD, NL Erler, 163a.

94 Vgl. Soell, Fritz Erler, Bd. I, S. 106.

nur bei HJ-Angehörigen, auch bei seiner eigenen Generation – Erler war Jahrgang 1913 – bemühte er diesen fragwürdigen Vergleich zwischen seiner überzeugten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und dem Enthusiasmus vieler Altersgenossen für diese Bewegung. Auf den Brief eines 35-jährigen Juristen mit NSDAP-Vergangenheit, der im Zuge der Entnazifizierung arbeitslos geworden und als »verfemter Nazi« sogar von seiner Frau verlassen worden war, antwortete Erler, er habe »völlig Verständnis« für ein solches Schicksal: Es sei »ja in gewissem Sinne typisch für das einer ganzen Generation«. Gerade in Anbetracht seines eigenen Lebenslaufes könne er nachvollziehen, »was bei den anständigen Idealisten unter der nationalsozialistischen Jugend für eine Welt im Jahr 1945 zusammengebrochen« sein müsse⁹⁵.

Die Formel von den »irregeleiteten Idealisten«, die auch Schumacher mehrfach aufgriff⁹⁶, kam dem Bedürfnis vieler junger Deutscher nach Entlastung und Zukunftsoptimismus entgegen. Den Nachwuchs-Sozialdemokraten im »Bergheimer Kreis« vermittelte Alfred Gleisner jedenfalls das Bewusstsein, lediglich infolge einer falschen Erziehung durch die Elterngeneration auf den Irrweg des Nationalsozialismus gebracht worden zu sein. Mit »national gefärbtem Pathos« versuchte er außerdem an eine zentrale weltanschauliche Prägung und Sozialisierungserfahrung der ehemaligen Hitlerjungen anzuknüpfen⁹⁷. Dem expansionistisch und rassistisch pervertierten Nationalismus des untergegangenen Regimes stellte er dabei den von der Sozialdemokratie stets als legitim und notwendig betrachteten Patriotismus gegenüber. Über ein »demokratisch geläutertes« Nationalbewusstsein konnten seine Zuhörer zugleich ihre gefühlte Entmündigung durch die Besatzungsmächte artikulieren, ohne sich dem Verdacht der Unbelehrbarkeit auszusetzen. Kurt Schumacher – auch er führte in einem Hotel in Hannover Gespräche mit einstigen HJ-Funktionären – kam zu der Überzeugung, dass gerade die Jugend »ein Minimum von nationalem Gefühl« brauche, »um von internationalen Gedanken geleitet werden zu können«. Wer dieser Generation ein »positives Nationalgefühl« vorenthalten wolle, schrieb er im Sommer 1946 an seinen Parteifreund Siegfried Aufhäuser in die USA, riskiere ihren Rückfall in den Nationalismus⁹⁸. Auch Carlo Schmid warnte davor, ausgerechnet die einst führenden Mitglieder der NS-Jugendorganisationen zu verprellen

95 Erler an Birle, 5.3.1951, AdsD, NL Erler, 163a.

96 Vgl. z. B. Schumacher, 22.5.1950, S. 774.

97 Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 195.

98 Schumacher an Aufhäuser, 27.8.1946, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 64. Vgl. auch Schumacher, Der Weg der Jugend zur Sozialdemokratie,

und in eine »Stimmung des Trotzes und der Verstocktheit zu versetzen, aus der es nur den Ausweg in unbedachte Opposition gibt«. Als Präsident des Staatssekretariats in Württemberg-Hohenzollern versuchte er die französische Militärregierung Anfang 1946 von der Unsinnigkeit einer Anordnung zu überzeugen, nach der einstige Schüler von »Napolas« und »Adolf-Hitler-Schulen« ebenso wie führende HJ- und BDM-Mitglieder nicht zum Universitätsstudium zugelassen werden sollten⁹⁹.

Einem ehemaligen HJ-Funktionär aus der Nähe von Hamburg versicherte Herbert Kriedemann im Mai 1946, dass junge Menschen, die »zurzeit des Aufkommens des Nationalsozialismus noch nicht über die notwendige Lebenserfahrung verfügten«, vollkommen schuldlos seien, selbst wenn sie »in der einen oder anderen Weise aktiv beteiligt« gewesen waren. Gleichwohl könnten er und seine Genossen der deutschen Jugend weder die Konsequenzen der NS-Herrschaft noch die Feststellung ersparen, dass sie sich »für Scheinideale und verbrecherische Ziele« habe missbrauchen lassen. Die nostalgischen Erinnerungen des jungen Briefschreibers an so manch »vorbildliche« Einrichtung des »Dritten Reiches« wies Kriedemann mit deutlichen Worten zurück: Am Nationalsozialismus sei ganz gewiss »nichts Positives festzustellen«, und auch das so gern vorgebrachte Argument der Vollbeschäftigung komme ihm immer so vor, »als wenn man von einem Mann sagen würde, er habe einen guten Arzt gehabt, denn seine Zahnschmerzen seien völlig vorbei – allerdings ist er jetzt tot«¹⁰⁰.

Dass die junge Generation von jeglicher Mitverantwortung für den Nationalsozialismus freizusprechen sei, wie das »Büro Dr. Schumacher« befand, meinten bei weitem nicht alle Mitglieder der SPD. Als der designierte Vorstand beim ersten Parteitag im Mai 1946 einen Resolutionsentwurf präsentierte, der all diejenigen Deutschen pauschal für schuldlos erklärte, die ihr 18. Lebensjahr 1933 noch nicht vollendet hatten, regte sich Protest. Einige Delegierte verlangten sowohl die Streichung der Altersgrenze, die sie für deutlich zu hoch hielten, als auch einen Verzicht auf die Vokabel »Generalpardon«. Der Westerwälder Otto Schmidt erntete Beifall für seinen Einwand, dass doch gerade unter den heute 25- bis 30-Jährigen »die aktivsten Nationalsozialisten bis in die letzten Tage

in: Scholz/Oschilewski, Turmwächter der Demokratie, Bd. II, S. 333-337, hier v. a. S. 335; vgl. auch Merseburger, Der schwierige Deutsche, S. 503.

99 Schmid an die Militärregierung, 13.2.1946, StA Sig. WÜ 80/325, zit. bei Weber, Carlo Schmid, S. 240.

100 Kriedemann i. V. von Schumacher an Willim, 8.5.1946, AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 87.